

Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschusssdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz

29. Sitzung
18. Oktober 2023

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 18.18 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Sven Rissmann (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Dr. Badenberg, Frau Staatssekretärin Uleer und Herrn Staatssekretär Feuerberg (alle SenJustV) repräsentiert.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Er stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 14. März 2023 anfertigen dürfen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1100

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025
(Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)**

[0115](#)
Recht
Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 06 (SenJustV) sowie Einzelplan 12
Kapitel 1250 Maßnahmengruppe 06 –
Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für
Justiz und Verbraucherschutz**

– 2. Lesung –

In die Beratung wird einbezogen:

[0115-1](#)
Recht

Bericht SenJustV
Sammelvorlage SenJustV vom 02.10.2023
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025
hier: Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Ausschusses für Verfassungs- und
Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,
Verbraucherschutz**

Dem Ausschuss liegen folgende Unterlagen vor:

- der dem Ausschuss überwiesene Einzelplan 06 und der Einzelplan 12 mit dem überwiesenen Kapitel 1250 und der Maßnahmengruppe 06,
- die Sammelvorlage der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz mit insgesamt 337 Berichten zu den beschlossenen Berichtsaufträgen,
- insgesamt 106 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen der CDU und SPD und der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der AfD-Fraktion
- und die durch das Ausschussbüro angefertigte Synopse mit den beschlossenen Berichtsaufträgen und allen Änderungsanträgen der Fraktionen (Anlage).

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Synopse auf der Homepage des Abgeordnetenhauses zu dem entsprechenden Vorgang mit der Vorgangsnummer 0115 beim Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung und Verbraucherschutz hochgeladen und damit für die Öffentlichkeit einsehbar sei.

Der Vorsitzende legt die Verfahrensabschnitte der heutigen 2. Lesung dar.

Er weist darauf hin, dass in der Generalausssprache jede Fraktion gemäß den durch den Ausschuss beschlossenen Regularien zu den Haushaltsberatungen vom 28. Juni 2023 eine Redezeit von sechs Minuten zur Verfügung habe, die auch unter mehreren Ausschussmitgliedern innerhalb einer Fraktion aufgeteilt werden könne.

Überdies gibt er detaillierte Hinweise zum Verfahren der Beratung der einzelnen Titel (Einzelberatungen).

Er erinnert daran, dass der Ausschuss in der letzten 28. Sitzung am 4. Oktober 2023 beschlossen habe, die Beratungen in der 2. Lesung mit dem Kapitel 1250 zu beginnen, um einer Bitte der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen nachzukommen.

Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) stellt dem Ausschuss den Einzelplan 06 vor und erläutert dessen Grundzüge.

Die Generalausssprache wird entsprechend der beschlossenen Regularien für die Haushaltsberatung vom 28. Juni 2023 absteigend in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen beginnend mit der stärksten Fraktion durchgeführt.

Im Rahmen der Generalausssprache nehmen:

- Herr Abg. Herrmann (CDU),
- Frau Abg. Gertig (CDU),
- Herr Abg. Dr. Nas (CDU)
- Herr Abg. Lehmann (SPD)
- Frau Abg. Lütke (SPD)
- Frau Abg. Dr. Vandrey (GRÜNE)
- Herr Abg. Dr. Altuğ (GRÜNE)
- Frau Abg. Wojahn (GRÜNE)
- Herr Abg. Schlüsselburg (LINKE)
- und Herr Abg. Vallendar (AfD)

Stellung.

Im Anschluss an die Generalausssprache tritt der Ausschuss in die Beratungen der einzelnen Kapitel und Titel des Einzelplans 06 und 12 (Einzelberatungen) anhand der vorliegenden Synopse (Anlage) ein.

Frau Senatorin Dr. Badenberg, Frau Staatssekretärin Uleer, Herr Staatssekretär Feuerberg (alle SenJustV) und Herr Markus Tielke (Leiter der Abteilung VI – Verbraucherschutz, SenJustV) nehmen im Rahmen der Einzelberatungen Stellung (siehe zu den Einzelheiten der Beratungen der einzelnen Titel das Inhaltsprotokoll der 29. Sitzung).

Die durch die Fraktionen eingereichten Änderungsanträge werden bei den Titeln, auf die sie sich beziehen, auf Wunsch und bei Bedarf durch die Antrag stellende/n Fraktion/en begründet und beraten, bevor sie abgestimmt werden (siehe zu den teilweisen Begründungen durch die Änderungsanträge stellenden, Fraktionen und den diesbezüglichen Stellungnahmen des

Senats das Inhaltsprotokoll der 29. Sitzung und zu den Ergebnissen der Abstimmungen der Änderungsanträge die Synopse in der Anlage zu diesem Beschlussprotokoll).

Im Anschluss an die Einzelberatungen beschließt der Ausschuss:

- mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke, erstens, dem federführenden Hauptausschuss zu empfehlen, den überwiesenen Einzelplan 06 mit den zuvor beschlossenen Änderungen anzunehmen und
- mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der AfD-Fraktion, zweitens, dem federführenden Hauptausschuss zu empfehlen, den Einzelplan 12 hinsichtlich des überwiesenen Kapitels 1250 mit der Maßnahmengruppe 06 anzunehmen.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, dass die, in der 1. Lesung am 20. September 2023 beschlossenen, Berichtsaufträge des Ausschusses durch die Sammelvorlage der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz und die mündlichen Stellungnahmen der o. g. Repräsentantinnen und des o. g. Repräsentanten des Senats erfüllt worden und damit erledigt seien.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass er im Anschluss an die heutige Sitzung eine Runde der Sprecherinnen und Sprecher einberufen werde, um die Tagesordnung der nächsten 30. Sitzung am 15. November 2023 festzulegen. Er habe veranlasst, dass das Ausschussbüro die Sprecherinnen und Sprecher frühzeitig per E-Mail am 16. Oktober 2023 darüber informiert.

Die nächste 30. Sitzung findet am Mittwoch, dem 15. November 2023, um 14.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sven Rissmann

Dr. Petra Vandrey

Synopse Berichtsaufträge / Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsplan 2024/2025
Einzelplan 06 (SenJustV) sowie Einzelplan 12 Kapitel 1250 Maßnahmengruppe 06 – Hochbaumaßnahmen der
Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Einzelplan 06 – Kapitelübergreifend							
1.		über-greifend			Wie beurteilt die Senatsverwaltung die aktuell bestehende Organisationsstruktur auch im Zuge der Umressortierung des Verbraucherschutzes?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 1-2
2.		über-greifend			Welche Mittel sind für die Anschaffung und den Unterhalt von Drogenspürhunden vorgesehen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 3
3.		über-greifend			Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Justizvollzugsanstalten und Bürgerämtern in Hinblick auf eine gute Resozialisierung der zu entlassenen Strafgefangenen im Haushalt abgebildet?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 4
4.		über-greifend			Aus welchen Kapiteln oder Titeln wird die Gefängnisseelsorge finanziert?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 5
5.		über-greifend			Welche Maßnahmen sind im Zuge der Suizidprävention vorgesehen? Welche Mittel sind für die Stärkung von Suizidprävention im Strafvollzug vorgesehen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 6
6.		über-greifend			Gibt es Pläne zum Ausbau eines zentralen Serviceportals der Justiz?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 7
7.		über-greifend			Wie ist die Auslastung der Ausbildungsklassen für die Anwärter?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 8-9

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
8.		über-greifend			Wie stellen sich Personalauslastung und -bedarfe in den JVA's dar?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 10
9.		über-greifend			Wie wird die Personalausstattung im Hinblick auf eine effektive Verfolgung der a) Jugendkriminalität, b) Organisierte Kriminalität (einschl. Clankriminalität) bewertet?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 11-12
10.		über-greifend			Wie will der Senat in den nächsten Jahren die Vermögensabschöpfung weiter intensivieren?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 13-14
11.		über-greifend			Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Suizidprävention in den Justizvollzugsanstalten sind geplant?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 15
12.		über-greifend			Wie gewährleistet der Senat das mobile Arbeiten für die Mitarbeitenden der Justiz?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 16
13.		über-greifend			Wie schätzt der Senat die Digitalisierungsinitiative zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Justiz ein? Welche konkreten Themenfelder sind betroffen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 17-18
14.		über-greifend			Wie sind die Mittel aus dem Projekt „ReSoDigi“ verteilt? Was kann mit den veranschlagten Summen wo finanziert werden?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 19
15.		über-greifend			Wo und in welcher Höhe sind Mittel für die Zulage für Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte bei Justizvollzugeinrichtungen vorgesehen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 20
16.		über-greifend			<ul style="list-style-type: none"> - Welchen Anteil aus der zentralen Pauschalen Minderausgabe (PMA), die im Einzelplan 29 einzelplanübergreifend verankert ist, werden im Einzelplan 11 erbracht werden müssen? Gibt es hierzu bereits Absprachen mit SenFIN bzw. hausinterne Berechnungen/Vorbereitungen? - Wie wird die zentrale PMA aus dem Einzelplan 29 und die im Einzelplan veranschlagte PMA (Kapitel 1100, Titel 97203) über 	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 21

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
					<p>2.571.000 Euro in 2024 und 1.877.000 Euro in 2025 aufgelöst werden? Bitte kapitel-/titelscharf und in konkreter Höhe angeben.</p> <p>- Welche Titel und Teilansätze des EP 06 können überhaupt zur Auflösung der jeweiligen PMA herangezogen werden, weil es keine gesetzlichen oder andere eingegangene Ausgabenverpflichtungen gibt? Bitte kapitel-/titelscharf und in konkreter Höhe angeben.</p>		
17.		über-greifend			Welche konkreten Maßnahmen zur Resozialisierungsarbeit sind in 2024 und 2025 jeweils geplant und wo und in welcher Höhe etatisiert? Bitte um projektscharfe Angabe unter Nennung der jeweiligen Kapitel und Titel. In welchen Titeln findet sich das Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ wieder? In welcher Höhe wird das Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ finanziert?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 22-23
18.		über-greifend			Bitte um Darstellung in welcher Höhe Mittel für den Täter-Opfer-Ausgleich etatisiert sind, unter Angabe der jeweiligen Kapitel und Titel.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 24
19.		über-greifend			Bitte um Darstellung, in welcher Höhe Mittel für die Beratungshilfe für Drogenabhängige Gefangene bzw. für Programme zur Unterstützung für von Betäubungsmittelmissbrauch Betroffene in den Justizvollzugsanstalten etatisiert sind, unter Angabe der jeweiligen Kapitel und Titel, sowie Nennung der konkreten Projekte.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 25
20.	6	über-greifend			Wie erklärt sich der im Vergleich zu 2023 und dem IST aus 2022 hohe Einnahmeansatz für die Jahre 2024 und 2025?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 26
21.	10	über-greifend			<p>Bitte für alle Kapitel aufschlüsseln:</p> <p>- Es besteht in nahezu allen Kapiteln eine große Differenz zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen sowohl auf Ebene der Führungskräfte als auch der Mitarbeitenden: Wie erklärt sich das unterschiedliche Durchschnittseinkommen zugunsten der männlichen Beschäftigten? Wie begegnet der Senat dem Problem,</p>	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 27-29

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					<p>dass weibliche Menschen in nahezu allen Kapiteln anteilmäßig die Führungspositionen dominieren, ihr Jahreseinkommen aber trotzdem deutlich hinter dem der männlichen Führungskräfte zurückbleibt? Welche Maßnahmen will der Senat diesbezüglich ergreifen, da es mit der bloßen Erhöhung der Zahl weiblicher Führungskräfte nicht getan zu sein scheint?</p> <p>- Die Justizverwaltung gibt an, sie sei bemüht, das zu ändern: Was folgt aus der Datenerhebung? Welche Ziele im Sinne des Gender-Budgetings sollen wie und bis wann erreicht werden? Wird durch Anreize, Programme, Projekte, Quoten diesbezüglich nachgesteuert? Falls nein: Warum nicht? Falls ja: Welche Anreize, Programme, Projekte und/oder Quoten sind dies genau?</p>		
22.		übergreifend		Übergreifend	Inwieweit ist ein Aufwachsen des Gesamt-Einzelplans 06 in den Jahren 2024 und 2025 gegenüber den Jahren 2022/23 zu verzeichnen.	LINKE	Sammelvorlage, S. 30
23.		übergreifend		Diversity Management	<p>Welche Schlussfolgerungen wurden aus dem Abschlussbericht „Rahmenkonzept zur Einführung eines Diversity-Managements in der Berliner Justiz“ gezogen? Wie ist der Umsetzungsstand insbesondere im Hinblick auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Herstellung der Parität im Geschäftsbereich, insbesondere bei den R-Stellen oberhalb von R1 • Ostdeutsche in Führungspositionen • Arbeitsbedingungen und Karrierechancen für Teilzeitkräfte und Alleinerziehende • Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigungen • Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ältere Beschäftigte 	LINKE	Sammelvorlage, S. 31-33

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
24.		übergreifend		Tarifsteigerungen	Wie ist im Einzelplan Vorsorge getroffen worden, dass Zuwendungsempfänger*innen die Tarifangleichungen für die Jahre 2024 und 2025 nachvollziehen können?	LINKE	Sammelvorlage, S. 34
25.		übergreifend		Einnahmen	Bitte die einzelnen höheren Einnahmeveranschlagungen begründet darstellen unter Berücksichtigung des jeweiligen IST per 31.12.2022 sowie per 30.9.2023	LINKE	Sammelvorlage, S. 35-37
26.		übergreifend		Gebühren	Bitte um gesonderte Darstellung der aktuellen Entwicklungen bei jeweils welchen Gebühren. Mit welchen Rechtsänderungen ist zu wann mit voraussichtlich welchen finanziellen Auswirkungen zu rechnen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 38
27.		übergreifend		Personal	Bitte die Personalentwicklung im Geschäftsbereich nach Einrichtungen gegliedert darstellen, insbesondere die Stellenzuwächse nach VZÄ und Besoldungs- und Entgeltgruppen sowie den Soll-/Ist-Abgleich der unbesetzten Stellen nach Organisationseinheiten und VZÄ einschließlich Besoldungs- und Entgeltgruppen. Bitte ebenfalls stellenscharfe Auflistung aller aus Altersgründen frei werdenden Stellen bis einschließlich 2030.	LINKE	Sammelvorlage, S. 39-97 (mit Anlage 1, 2, 3, 4)
28.		übergreifend		Resozialisierungsmaßnahmen	Welche konkreten Maßnahmen sind in 2024 und 2025 jeweils geplant und wo etatisiert?	LINKE	Sammelvorlage, S. 98
29.		übergreifend		De-Radikalisierungsmaßnahmen	Wie viele Mittel sind wo im Haushalt zur Bekämpfung von Radikalisierung im Justizvollzug eingeplant?	LINKE	Sammelvorlage, S. 99
30.		übergreifend		Verfahrensdauer	Wie viele Verfahren sind in 2021, 2022 und per 30.9.23 jeweils bei den einzelnen Gerichten und bei der Staatsanwaltschaft eingegangen, wie viele waren in 2021, 2022 und per 30.9.23 jeweils noch aus den Vorjahren anhängig, wie viele wurden in 2021, 2022 und per 30.9.23 erledigt und wie viele waren jeweils in 2021, 2022 und per 30.9.23 unerledigt? Bitte gesondert nach Jahr und Gerichten/Staatsanwaltschaft angeben.	LINKE	Sammelvorlage, S. 100-101
31.		offen		Pilotprojekt Richterassistenz	In welchem Titel wird das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag in welcher Höhe berücksichtigt? Wie weit ist die Projektplanung fortgeschritten und wie ist der Zeitplan?	LINKE	Sammelvorlage, S. 102-103

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
32.		EP 06 und EP 12, MG 06 übergreifend		Ertüchtigungen und Investitionen Justizgebäude	Bitte den aktuell veranschlagten Investitionsbedarf und den jeweiligen Stand im Geschäftsbereich nach Liegenschaften darstellen; insbesondere alle Vollzugsanstalten, Campus Moabit, alle Gerichts- und Staatsanwaltschaftsstandorte, Kathreinerhaus, Justizakademie.	LINKE	Sammelvorlage, S. 104-107
33.		übergreifend		EP 06 Personalausgaben insgesamt	Die Personalausgaben des EP 06 insgesamt erhöhen sich vom Ist 2022 zum geplanten Ansatz 2025 um 12,3 %. Bitte erläutern Sie, welche Abteilungen, Bereiche und Behörden von diesem Aufwuchs speziell profitieren? Bitte speziell auch die Aufwüchse der Geschäftsstellen in den einzelnen Organisationseinheiten für die Jahre 2022 bis 2025 darstellen.	AfD	Sammelvorlage, S. 108-112
34.		übergreifend		Sanierungsbedarfe in den Liegenschaften der Justiz	Wie hoch ist der aktuelle Sanierungsstau im Bereich der Liegenschaften der Justiz? Bitte aufschlüsseln nach Höhe und Bruttogrundfläche insgesamt und einzeln nach Priorität 1 bis 4. Wie hoch war/ist das Sanierungsbudget für die Justiz in den Jahren 2021, 2022 und 2023? Wie hoch waren die tatsächlich abgeflossenen Mittel in den Jahren? Welche Liegenschaften der Justiz werden von der BIM als Priorität 1 und 2 eingestuft? Bitte aufschlüsseln nach Liegenschaft, Priorität, Art des Sanierungsbedarfs und voraussichtliche Kosten. Welche Planungen werden verfolgt, um den Sanierungsstau in den Liegenschaften der Justiz nachhaltig abzubauen?	AfD	Sammelvorlage, S. 113-120
35.		übergreifend		Sachstand und Planung Kathreiner-Haus	Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich der Liegenschaft Kathreiner-Haus? Wie hoch sind die bisher angefallenen Kosten für die Liegenschaft Kathreiner-Haus? Wie hoch sind die geplanten Kosten für die Jahre 2024 und 2025 für die Liegenschaft Kathreiner-Haus? Wie hoch wären die Kosten für einen vergleichbaren Neubau?	AfD	Sammelvorlage, S. 121

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
36.		übergreifend		Hochsicherheits-säle	Wie viele arbeitsbereite Hochsicherheitssäle gibt es in Berlin? Wie viele Hochsicherheitssäle sind in 2024 und 2025 geplant und wo?	AfD	Sammelvorlage, S. 122
37.		übergreifend		Verfahrensdauer	<p>Wie lange dauerte das gerichtliche Verfahren bis zum rechtskräftigen Abschluss in den Jahren 2021 bis 2023 beim:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Arbeitsgericht Berlin b) Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg c) Finanzgericht Berlin-Brandenburg d) Sozialgericht Berlin e) Landessozialgericht Berlin-Brandenburg f) Verwaltungsgericht Berlin g) Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg h) Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin i) Amtsgericht Charlottenburg j) Amtsgericht Köpenick k) Amtsgericht Lichtenberg l) Amtsgericht Mitte m) Amtsgericht Neukölln n) Amtsgericht Pankow o) Amtsgericht Schöneberg p) Amtsgericht Spandau q) Amtsgericht Kreuzberg r) Amtsgericht Tiergarten s) Amtsgericht Wedding t) Landgericht Berlin u) Kammergericht <p>Bitte nach Jahr, Gericht und dem arithmetischen Mittel und dem Median aufschlüsseln. In wie vielen Fällen und in welcher Höhe kam es in den Jahren 2022 und</p>	AfD	Sammelvorlage, S. 123-126

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					2023 zu Entschädigungen wegen überlanger Verfahrensdauer? Bitte nach Jahren, Fällen, Entschädigungshöhe und Gericht aufschlüsseln. In wie vielen Fällen kam es in den Jahren 2022 und 2023 zu Entlassungen Beschuldigter aus der Untersuchungshaft wegen eines zu langsamen Prozesses? Bitte nach Jahren, Fällen und deren Dauer aufschlüsseln.		
38.		übergreifend		IT- Ausfallzeiten	Wie hoch waren in den Jahren 2021 bis 2023 die IT-Ausfallzeiten in der Justiz? Bitte nach Jahr, Monat, Ausfallzeit (Dauer) und Organisationseinheit aufschlüsseln.	AfD	Sammelvorlage, S. 127-130
39.		übergreifend		Sachstand und Planung Neubau JVA	Wie ist der aktuelle Stand Neubau JVA? Wie sieht die konkrete Planung Neubau JVA für 2024 und 2025 aus?	AfD	Sammelvorlage, S. 131
40.		übergreifend		„Resozialisierung durch Digitalisierung“	In Welchen Kapiteln und Titeln sind Mittel in welcher Höhe für das Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ eingestellt bzw. geplant?	AfD	Sammelvorlage, S. 132
41.	21, 43, 53, 84, 97, 108, 113, 121, 140, 148, 154, 172, 180, 186, 194,	0600, 0605, 0608, 0611, 0612, 0613, 0614, 0615, 0616, 0617, 0619, 0623, 0625, 0626, 0628,	52703	Dienstreisen	Inwiefern wird darauf geachtet und sichergestellt, dass die CO2-Bilanz bei Dienstreisen reduziert wird? Wird geplant, dass die Dienstreisen in den Jahren 2024 und 2025 insgesamt klimaneutral stattfinden (z.B. durch Ausgleich)? Bitte um Begründung der höheren Veranschlagung im Vergleich zum IST 2022. Bitte um vollständige Auflistung aller Dienstreisen des Jahres 2023 unter Nennung des Reisezwecks, der Teilnehmenden, Dauer, Kosten und gewähltes Reisemittel welcher Klasse einschließlich der Übernachtungsart.	LINKE	Sammelvorlage, S. 133-166

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
	198, 208, 213, 221, 232, 246, 263, 286, 294, 303, 312, 321, 328, 334, 342	0630, 0631, 0632, 0641, 0642, 0651, 0661, 0663, 0664, 0666, 0668, 0669, 0671, 0672, 0691					
42.	117, 138, 152, 162, 166, 170, 173, 184, 188, 192, 196, 206, 218, 230,	0615, 0616, 0619, 0621, 0622, 0623, 0624, 0625, 0626, 0627, 0628, 0630, 0631, 0641,	über- greifend 42202	Bezüge der plan- mäßigen Richter/ Richterinnen	Bitte um Darstellung, inwieweit die Beschlüsse des Berliner Verwaltungsgerichts vom 16.06.2023 zur Verfassungswidrigkeit der Richterbesoldung in den Jahren 2016/2017 und gegebenenfalls fälligen Nachzahlungen beim Aufwuchs der Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen berücksichtigt sind.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 167-168

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
	244	0642, 0651					
43.	162, 170, 174, 192, 206, 212, 282, 290, 326, 332	0621, 0623, 0624, 0628, 0631, 0632, 0663, 0664, 0671, 0672,	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Erläuterung, womit sich die Absenkung des Titels begründet, unter Angabe der Stelleneingruppierungen der Entgelttabelle der Tarifbeschäftigten.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 169
44.	266, 287, 295, 305, 313, 323, 336	0661, 0663, 0664, 0666, 0668, 0669, 0672	über- greifend 68142	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug	- Bitte um Darstellung, welches Resozialisierungskonzept bei der Bemessung der Höhe des für Gefangenenarbeit im Strafvollzug gewährten Entgelts zugrunde liegt. - Bitte um Darstellung, inwieweit die Erwägungen des Bundesverfassungsgerichts aus dem Urteil vom 20.06.2023, 2 BvR 166/16, 2 BvR 1683/17 in die Bemessung der Höhe des für Gefangenenarbeit im Strafvollzug gewährten Entgelts berücksichtigt worden sind.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 170-171
Kapitel 0600 - Justiz und Verbraucherschutz – Politisch-Administrativer Bereich und Service –							
ÄÄ		0600	Titel neu	Zuschüsse für Planungs- und Bauvorbereitungsmittel an das	Ansatz 2024 Ansatz 2025	bisher kein Ansatz bisher kein Ansatz	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				SILB für die Schaffung eines Hochsicherheitssaales			
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
							<u>Änderungsantrag Nr. 1</u>
							2024: + 100.000
							2025: + 100.000
							2024: bisher kein Ansatz
							2025: bisher kein Ansatz
							a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Derzeit gibt es im Land Berlin keinen nutzungsbereiten Saal, der alle Anforderungen an einen Hochsicherheitssaal erfüllt. In Hochsicherheitssälen sollen Extremismus- und Terrorismusverfahren verhandelt werden, aber auch andere besonders sicherheitsrelevante Verfahren. Die Schaffung eines nutzungsbereiten Hochsicherheitssaales ist daher geboten.

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
						b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Die Mittel dienen der Planung und Bauvorbereitung eines Hochsicherheitssaales im Land Berlin, der die besonderen Sicherheitsstandards erfüllt.	
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
45.	13	0600	über-greifend		In welchen Titeln sind Mittel für die weitere Einführung und Umsetzung der E-Akte Justiz veranschlagt? Wie weit ist die Einführung der E-Akte Justiz? Kann die Einführung bis 2026 mit den eingestellten Mitteln gewährleistet werden? Welche Gerichtsbarkeiten verfügen noch nicht über die E-Akte?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 172-173
46.	13	0600		Allgemeine Erläuterungen: Neuausrichtung der Abteilungen V und VI	a) Welche Abteilungen und Referate mit jeweils welchen Zuständigkeiten sind bei SenJustV vorgesehen? b) Welche konkreten Auswirkungen hat dies auf den Stellenplan der Justizverwaltung? c) An welchen Standorten sollen die Abteilungen jeweils untergebracht werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 174-176
47.	14	0600		Allgemeine Erläuterung	Zu „Abteilung V (Justiz und Gesellschaft“: - Welche strukturellen, inhaltlichen und personellen Veränderungen wurden bei der Abteilung V seit dem Regierungswechsel vorgenommen? Bitte die Unterschiede, Neuausrichtungen oder	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 177-180

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					<p>Weiterentwicklungen im Detail darstellen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Welche noch unter der Senatorin Lena Kreck geplanten Maßnahmen werden fortgesetzt, welche wurden gestoppt bzw. werden nicht umgesetzt werden? - Welche Vorhaben des Koalitionsvertrages bzw. der Richtlinien der Regierungspolitik werden von der Abteilung V im Rahmen des Doppelhaushaltes umgesetzt werden? Bitte im Detail und mit den jeweiligen Ansätzen/Mitteln darstellen. - Wo sind die Mittel für die Abteilung V im Einzelplan veranschlagt? Bitte titelscharf und aufgeschlüsselt nach Höhe der eingestellten Haushaltsmittel darstellen. - Was ist unter „Mitwirkung bei der Rechtsetzung im Bereich Opferschutz sowie in den Bereichen Vielfalt und Antidiskriminierung der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung“ zu verstehen? Bitte im Detail darstellen und Haushaltsrelevanz erläutern. 		
48.	17	0600	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 181
ÄÄ	17	0600	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Ansatz 2024: 10.477.000 Ansatz 2025: 10.896.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Die Linke			
				<u>Änderungsantrag Nr. 1</u>			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
				<p style="text-align: right;">2024: - 93.000 2025: - 96.000</p> <p><i>c) Anbringung Haushaltsvermerke*:</i> Änderungen im Stellenplan: 2024 und 2025 jeweils:</p> <p>- 1 Stelle B 2, - 1 Stelle A 14, + 1 Stelle A 15</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 30%;">Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne und Linke														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
49.	17	0600	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 182								
50.	18	0600	45902	Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien	Wie viele Personen können voraussichtlich die Prämien erhalten? Für welchen Bereich sind die Prämien geplant? Wer entscheidet über deren Vergabe?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 183								
ÄÄ	18	0600	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2024: 865.000 Ansatz 2025: 909.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen									
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nr. 1</u> 2024: - 30.000 2025: - 80.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung												
				<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt				
Ja	Grüne															
Nein	CDU, SPD und AfD															
Enthaltung	Linke															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt															
51.	18.	0600	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	Bitte um Begründung der Gesamt- und Einzelveranschlagungen für die Planjahre 24 und 25 sowie Nennung der ggf. bereits veranlassten oder geplanten einzelnen Anschaffungen zu welchen Preisen. Zum Vergleich bitte Auflistung aller in 2023 angeschafften bzw. In Anspruch genommenen Gegenstände/Geräte/Dienstleistungen mit Zweckerläuterung und kassenwirksamen Kosten.	LINKE	Sammelvorlage, S. 184-185									
ÄÄ	18.	0600	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	Ansatz 2024: 41.000 Ansatz 2025: 41.000											
Änderungsanträge der Fraktionen																

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
<p style="text-align: center;">Die Linke</p> <p style="text-align: center;"><u>Änderungsantrag Nr. 2</u></p> <p style="text-align: center;">2024: - 10.000 2025: - 10.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung, das hohe Ist 2023 resultiert aus Neubildung des Senats, dies erfolgt nicht jedes Jahr.</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>Ja</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>								Ja	Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Grüne	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	Linke														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Grüne														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
52.	18 f.	0600	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte die Kosten für die Liegenschaft Salzburger Str. 21-25 erläutern.	LINKE	Sammelvorlage, S. 186								
53.	19	0600	51802	Mieten für Fahrzeuge	Bitte die Steigerung des Ansatzes 2025 auf 180.000 € erklären.	AfD	Sammelvorlage, S. 187								
54.	19	0600	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Zu 5.: Warum ist in den kommenden Haushaltsjahren eine mobile Netzersatzanlage notwendig, für wie lange wird sie benötigt und welche Kosten würden bei einer Anschaffung entstehen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 188								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
55.	19	0600	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Teilansatz 6: Bitte um Erläuterung der Mittelstreichungen für die Jahre 2024 und 2025. Bedeutet die Streichung der Mittel für die Jahre 24/25, dass der Senat Abstand von der Weiterentwicklung des Justiz-Campus Moabit nimmt? Welche Flächenpotentiale sieht der Senat im Justiz-Campus Moabit unter Berücksichtigung des aktuellen Parkhausstandortes noch? Plant der Senat weiterhin, den Parkhausstandort für die Errichtung von Hochsicherheitssälen in Betracht zu ziehen? In welchen weiteren Titeln sind Planungsleistungen für welche Baumaßnahmen etatisiert?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 189
56.	19	0600	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	a) Bitte das hohe Ist 2022 erläutern und darstellen, warum keine Anpassung der Veranschlagung notwendig ist. b) Bitte um Begründung der Veranschlagung und aktuellen Sachstand für die lfd. Nr. 3, 5 und 6. c) Bitte den aktuellen Raumplan des Nordsternhauses vorlegen. d) Wie weit sind die baulichen Anpassungen des Nordsternhauses an die Klimaveränderung (Hitzeschutz)?	LINKE	Sammelvorlage, S. 190-191
ÄÄ	19	0600	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2024: 350.000 Ansatz 2025: 400.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen			
				<u>Änderungsantrag Nr. 2</u>			
				2024: + 250.000 2025: +/- 0			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
				<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Der Bedarf eines 12. Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf besteht nach wie vor, um einen niedrighschwelligen Zugang zum Recht auch dort zu gewährleisten. Die Mittel sind für Planungsleistungen vorzuhalten, sobald ein geeignetes Grundstück in Aussicht steht.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*:</i> Anpassung der Tabelle: Teilansatz 7 (neu): Planungsleistungen zur Bauvorbereitung des 12. Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf.</p> <p>2024: 250.000 2025: 0</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne, Linke und AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU und SPD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	Grüne, Linke und AfD	Nein	CDU und SPD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	Grüne, Linke und AfD														
Nein	CDU und SPD														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
57.	20	0600	52535	Aufwendungen im Kontext dualer Studiengänge	Wofür werden diese geringen Mittel verwendet?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 192								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
58.	20	0600	52610	Gutachten	<ul style="list-style-type: none"> - Warum konnten die 2022 veranschlagten Mittel nicht ausgegeben werden? Wir bitten darum, dies für jeden Teilansatz gesondert auszuweisen. - Teilansatz 3: Bitte um Erläuterung des Teilansatzes 3. - Teilansätze 4-7: Aus welchem Grund enthalten die Teilansätze 4-7 für die Jahre 2024 und 2025 keine Mittel? - Teilansatz 8: Bitte um Erläuterung des Teilansatzes 8. - Teilansatz 11: Bitte um Erläuterung, was der Senat unter dem Begriff „Gleichstellungsdaten“ versteht und welche Daten dies umfasst, sowie zu welchem Zweck die Daten erfasst werden. 	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 193-195
59.	20 f.	0600	52610	Gutachten	Bitte um Begründung der Ansätze sowie Darstellung des aktuellen Sachstandes für die lfd. Nr. 3 bis 8 und 10 bis 13.	LINKE	Sammelvorlage, S. 196-199
60.	20	0600	52610	Gutachten	<p>Bitte die Ansätze 2024 und 2025 für Nr. 3, 8 und 13 erläutern.</p> <p>Zu Nr. 3: Bitte die Entwicklung neuer Arbeitswelten am Campus Moabit erläutern.</p> <p>Zu Nr. 8: Was ist Gegenstand der Kosten für die Zielplanung?</p> <p>Zu Nr. 13: Was soll der konkrete Gegenstand der Studie „Wahrnehmung der Justiz in Schule und Berufsbildung“ sein und welches Ziel wird hier verfolgt? Bitte auch die Notwendigkeit eines Gutachtens erläutern, da bereits eine Studie zum Thema vorliegen wird.</p>	AfD	Sammelvorlage, S. 200-201
ÄÄ	20	0600	52610	Gutachten	Ansatz 2024: 375.000 Ansatz 2025: 635.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Die Linke			
				<u>Änderungsantrag Nr. 3</u>			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
				<p style="text-align: right;">2024: + 50.000 2025: + 50.000</p> <p><i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Die Tabelle in der Erläuterung wird um folgende Zeile 15. ergänzt: „Gutachten zur Ermittlung der Bedarfe lebensälterer Gefangener zur Vorbereitung geeigneter Maßnahmen in den Justizvollzugsanstalten“ als Betrag wird jeweils 50.000 €eingesetzt.</p> <table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne und Linke														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
ÄÄ	21	0600	52703	Dienstreisen	Ansatz 2024: 65.000 Ansatz 2025: 65.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				Bündnis 90/Die Grünen											
				<u>Änderungsantrag Nr. 3</u>											

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
				<p>2024: - 20.000 2025: - 20.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Linke														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
61.	21	0600	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Zu 2. Wie verteilen sich die Kosten auf Personal und Technik?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 202								
ÄÄ	21	0600	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	<p>Ansatz 2024: 115.000 Ansatz 2025: 140.000</p> <p>VE 2024 kein Ansatz VE 2025 580.000</p>										
Änderungsanträge der Fraktionen															
						AfD	<u>Änderungsantrag Nr. 2</u>								

Lfd.N r.	Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
							<p>2024: + 5.000 2025: + 5.000</p>
							<p>VE 2024 kein Ansatz +/- 0 VE 2025 580.000 +/- 0</p>
							<p>Teilansatz Nr. 5 Zentrale Anlaufstelle für Opfer und Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen</p>
							<p>Ansatz 2024: 5.000 + 5.000</p>
							<p>Ansatz 2025: 5.000 + 5.000</p>
							<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Der Ansatz für 2023 in Höhe von 10.000 € sollte auch für 2024 und 2025 fortgeschrieben werden, zumal dem Opferschutz ein besonderes Augenmerk eingeräumt werden muss.</p>
							<p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Der Teilansatz Nr. 5 für 2024 und 2025 beträgt 10.000 €</p>

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Enthaltung	
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
62.	22	0600	53105 (neu)	Beteiligung an Messen und Ausstellungen	Bitte Planungen in diesem Zusammenhang erläutern.	AfD	Sammelvorlage, S. 203
ÄÄ	22	0600	53111	Ausschreibungen, Bekanntmachungen	Ansatz 2024: 200.000 Ansatz 2025: 250.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD							
<u>Änderungsantrag Nr. 3</u>							
2024: - 10.000 2025: - 15.000							
a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung							
b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung): Anpassung der Tabelle TA „Ausgaben für die Herausgabe und							

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
den Vertrieb des Gesetzes- und Verordnungsblattes für Berlin“ Ansatz 2024 100.000 € Ansatz 2025 95.000€							
Ja		CDU und SPD					
Nein		Grüne und AfD					
Enthaltung		Linke					
Ergebnis		mehrheitlich angenommen					
ÄA	23	0600	54003	Geschäftsprozessoptimierung	Ansatz 2024: 305.000 Ansatz 2025: 305.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				Bündnis 90/Die Grünen		Die Linke	
<u>Änderungsantrag Nr. 4</u>				<u>Änderungsantrag Nr. 4</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 4</u>	
2024: - 20.000 2025: - 20.000				2024: - 21.200 2025: - 68.800		2024: - 100.000 2025: - 100.000	
a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung				a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung		a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung, wurde in der	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen																								
				<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU und SPD</td> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> <td>Ja</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td></td> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Grüne, Linke und AfD</td> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> <td>Enthaltung</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>einstimmig angenommen</td> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	CDU und SPD	Ja	Grüne	Ja	Linke	Nein		Nein	CDU, SPD und AfD	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Grüne, Linke und AfD	Enthaltung	Linke	Enthaltung	Grüne	Ergebnis	einstimmig angenommen	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	Vergangenheit nicht ausgeschöpft, bzw. zur Auflösung der PMA genutzt.	
Ja	CDU und SPD	Ja	Grüne	Ja	Linke																										
Nein		Nein	CDU, SPD und AfD	Nein	CDU, SPD und AfD																										
Enthaltung	Grüne, Linke und AfD	Enthaltung	Linke	Enthaltung	Grüne																										
Ergebnis	einstimmig angenommen	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																										
63.	23	0600	54010	Dienstleistungen	Zu Nr. 10.: Warum fallen die Mittel für das Modellprojekt „Ausbau Beratungshilfe und Rechtsantragstellen“ weg? Welche Ergebnisse wurden aus dem Modellprojekt gezogen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 204																								
64.	23	0600	54010	Dienstleistungen	Zu Nr. 11: Wie werden die veranschlagten Summen verteilt?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 205																								
65.	23	0600	54010	Dienstleistungen	Zu Nr. 14. Warum ist externe Hilfe in den kommenden Haushaltsjahren notwendig? Welche aktuellen Pläne und Vorsorgemaßnahmen hat die Senatsverwaltung für Katastrophenfälle?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 206																								
66.	23	0600	54010	Dienstleistungen	Zu Nr. 21.: Was ist Inhalt des sog. Equal Treatment Books?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 207																								
67.	23	0600	54010	Dienstleistungen	Teilansatz 9: Für das Modellprojekt „Räumungsklagen“ waren für das Jahr 2023 Mittel in Höhe von 50.000 € veranschlagt. Aus welchem Grund sind für 2024/2025 für dieses Projekt keine Mittel mehr vorgesehen?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 208																								
68.	23	0600	54010	Dienstleistungen	Bitte um Erläuterung der nachstehend genannten Teilansätze unter Darlegung der Umsetzung der Schwerpunkte des Koalitionsvertrags bzw. der Richtlinien der Regierungspolitik:	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 209-212																								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
					<ul style="list-style-type: none"> - Teilansatz 7: Sind die Mittel für die Forensische Datenanalyse ausreichend? Was war das IST 2022 für den Teilansatz? - Teilansatz 10: Womit wird die Streichung des Teilansatzes begründet? Ist die Beratungshilfe und die finanzielle Ausstattung der Rechtsantragsstellen ausreichend? Wie hoch war das IST des Teilansatzes 10 in 2022 und bislang in 2023? Wie viele Bürger*innen haben 2022 und 2023 die Beratungshilfe in Anspruch genommen? Was tut der Senat um einen erleichterten Zugang zum Recht auf anderem Wege als über Rechtsantragsstellen und Beratungshilfe zu ermöglichen? - Teilansatz 12: Bitte um Darstellung und Erläuterung des Teilansatzes. - Teilansatz 15: Bitte um Erläuterung des Teilansatzes und dessen Streichung. Wird dies an anderer Stelle etatisiert? Bitte um Nennung mit Kapitel und Titel. - Teilansatz 17: Bitte um Erläuterung der Streichung des Titels? Bedarf es der Stiftungsaufsicht nicht? Wie hoch war das IST des Teilansatzes in 2022? - Teilansatz 21: Bitte um Darstellung und Erläuterung des Teilansatzes. - Teilansatz 24: Bitte um Darstellung und Erläuterung des Teilansatzes. - Teilansatz 25: Bitte um Darstellung und Erläuterung des Teilansatzes. 		
69.	23	0600	54010	Dienstleistungen	Bitte um Begründung der Veranschlagungen sowie aktueller Sachstand zu folgenden lfd. Nr.: 6 bis 14 und 17 bis 25.	LINKE	Sammelvorlage, S. 213-219
70.	23	0600	54010	Dienstleistungen	Zu Nr. 1: Wie erklärt sich die Reduzierung der Ansätze 2024 und 2025 gegenüber dem Ansatz 2023 bei der Verwaltungskostenpauschale für die Zuwendungssachbearbeitung? Zu Nr. 4: Wie erklärt sich die Ansatzserhöhung für die Ansätze 2024 und 2025 beim Vertrauensanwalt?	AfD	Sammelvorlage, S. 220-223

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
					<p>Zu Nr. 6: Wie erklärt sich die Reduzierung der Ansätze 2024 und 2025 gegenüber dem Ansatz 2023 bei der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention?</p> <p>Zu Nr. 8: Welche Dienstleistungen sind hier gemeint? Wie hoch ist der aktuelle Frauenanteil in der Justiz? Wie hoch ist der aktuelle Diversitätsanteil in der Justiz im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil in Berlin?</p> <p>Zu Nr. 9 und 10: Sind die Modellprojekte beendet und mit welchem Ergebnis?</p> <p>Zu Nr. 12: Wer soll mit der Entwicklung der Arbeitgeber Dachmarke Justiz beauftragt werden? Was ist der konkrete Inhalt der Entwicklung?</p> <p>Zu Nr. 14: Bitte erläutern, warum es externer Unterstützung bedarf?</p> <p>Zu. Nr. 20: Was ist das Ziel der extern begleiteten Bestandsaufnahme?</p> <p>Zu Nr. 21: Bitte Ziel der Übersetzung und Evaluierung erläutern?</p> <p>Zu Nr. 22: Bitte konkreten Gegenstand der Studie und Zielsetzung erläutern. Bitte Ansatzerhöhung für 2025 erläutern.</p> <p>Zu Nr. 23: Bitte Ziel der Kommunikationsstrategie erläutern und warum es externer Hilfe bedarf?</p> <p>Zu Nr. 24: Bitte erläutern, wie eine diversitätsorientierte Personal- und Organisationsentwicklung mit dem Prinzip der Bestenauslese vereinbar ist. Warum bedarf es externe Hilfe?</p>		
ÄÄ	23	0600	54010	Dienstleistungen	<p>Ansatz 2024: 1.694.000</p> <p>Ansatz 2025: 1.844.000</p> <p>VE 2024 1.000.000</p> <p>VE 2025 920.000</p>		

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen																								
		CDU / SPD		Bündnis 90/Die Grünen		Die Linke																									
		<u>Änderungsantrag Nr. 5</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 5</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 3</u>																									
		2024: - 100.000 2025: - 100.000		2024: + 155.000 2025: + 305.000		2024: -60.150 2025: -20.150																									
		a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung		a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Wiederaufnahme der Modellprojekte „Zustellung von Räumungsklagen“ und „Ausbau Beratungshilfe und Rechtsantragsstelle“		b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Zu 9.: Modellprojekt „Zustellung von Räumungsklagen“ 50.000 Euro p.a. aus diesem Teilansatz sind für die Durchführung des Modellprojektes zu verwenden (verbindliche Erläuterung)																									
		b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Anpassung der Tabelle TA 12 „Entwicklung einer Arbeitgeberdachmarke Justiz“ Ansatz 2024 400.000 € Ansatz 2025 400.000 €		b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Anpassung der Teilansätze: Modellprojekt „Zustellung von Räumungsklagen“ 2024: 55.000 (+ 55.000) 2025: 55.000 (+ 55.000)		<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																
Ja	Grüne und Linke																														
Nein	CDU, SPD und AfD																														
Enthaltung																															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																														
		<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU und SPD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>Grüne, Linke und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich angenommen</td> </tr> </table>		Ja	CDU und SPD	Nein	Grüne, Linke und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich angenommen	<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	CDU und SPD																														
Nein	Grüne, Linke und AfD																														
Enthaltung																															
Ergebnis	mehrheitlich angenommen																														
Ja	Grüne und Linke																														
Nein	CDU, SPD und AfD																														
Enthaltung																															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																														
Ja	Grüne und Linke																														
Nein	CDU, SPD und AfD																														
Enthaltung																															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																														
		Modellprojekt „Ausbau Beratungshilfe und Rechtsantragsstellen“ 2024: 100.000 (+ 100.000) 2025: 250.000 (+ 250.000)		Modellprojekt „Ausbau Beratungshilfe und Rechtsantragsstellen“ 2024: 100.000 (+ 100.000) 2025: 250.000 (+ 250.000)		<p>VE 2024 1.000.000 +/- 0</p> <p>VE 2025 920.000 +/- 0</p> <p>Teilansatz Nr. 8 Dienstleistungen zur Frauenförderung und mehr Diversität in der Justiz</p> <p>Ansatz 2024: 10.000 - 10.000</p> <p>Ansatz 2025 10.000 - 10.000</p> <p>Teilansatz Nr. 21 Übersetzung und Evaluation eines Equal Treatment Book</p> <p>Ansatz 2024 40.000 - 40.000</p> <p>Ansatz 2025 kein Ansatz +/- 0</p> <p>Teilansatz Nr. 24 Diversitätsorientierter Personal- und Organisationsentwicklungsprozess der</p>																									

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
					<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		<p>Abteilung V</p> <p>Ansatz 2024 10.150 - 10.150</p> <p>Ansatz 2025 10.150 - 10.150</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Zu Teilansatz Nr. 12: Dienstleistungen zur Frauenförderung und mehr Diversität in der Justiz sind nicht notwendig. Zum einen sollten die Grundsätze der Bestenauslese und der freien Berufswahl gelten und zum anderen können die Ziele bei der Personalentwicklung Berücksichtigung finden, ohne dass hierfür besonderer Mittel erforderlich wären.</p> <p>Zu Teilansatz Nr. 21: Eine Übersetzung und Evaluation eines Equal Treatment Book ist nicht notwendig. Ein solcher Leitfaden beeinflusst die richterliche Unabhängigkeit, zumal dieser Leitfaden keine Quelle materiellen Recht ist. Das Ziel der Schaffung eines Bewusstseins und eines Verständnisses für verschiedene Lebensumstände von Personen kann auf anderem Wege bei Schulungen u.a. des Justizpersonals</p>
Ja	Grüne und Linke														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
						<p>erreicht werden.</p> <p>Zu Teilansatz Nr. 24: Ein diversitätsorientierter Personal- und Organisationsentwicklungsprozess widerspricht dem Grundsatz der Bestenauslese und ist daher nicht notwendig.</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="text-align: center;">Ja</td> <td style="text-align: center;">AfD</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Nein</td> <td style="text-align: center;">CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Ergebnis</td> <td style="text-align: center;">mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
71.	24	0600	54053	Veranstaltungen	<ul style="list-style-type: none"> - Teilansatz 9 und 10: Bitte um Darstellung und Erläuterung der Teilansätze. - Teilansatz 11: Reicht der Ansatz um dem gestiegenen Bedarf des Einsatzes gegen Geldwäsche Rechnung zu tragen? Bitte um Erläuterung, welche Veranstaltungen finanziert werden? - Teilansatz 13: Bitte um Darstellung und Erläuterung des Teilansatzes - Teilansatz 18: Bitte um Darstellung, aus welchen Gründen sich eine Absenkung der Mittel für den Teilansatz bzw. Veranstaltungen der Zentralen Anlaufstelle für Opfer und Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen für die Jahre 2024 und 2025 im Vergleich zu 2023 ergeben. 	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 224-226								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
ÄÄ	24	0600	54053	Veranstaltungen	Ansatz 2024: 310.000 € Ansatz 2025: 118.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD							
<u>Änderungsantrag Nr. 6</u>							
2024: + 25.000							
2025: + 25.000							
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Neuer Teilansatz Rechtsstaatsprojekt							
b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Anpassung der Tabelle Schaffung eines neuen Teilansatzes TA 19 (neu) „Rechtsstaatsprojekt“							
Ansatz 2024 25.000 € Ansatz 2025 25.000€							
Ja		CDU und SPD					
Nein							
Enthaltung		Grüne , Linke und					

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Ergebnis		AfD					
		einstimmig angenommen					
72.	25	0600	63207	Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder	Zu e) Wie viele Personen haben im letzten Jahr in Berlin eine elektronische Fußfessel getragen? Wie viele Personen haben den für sie vorgesehenen Bereich verlassen? Welche Konsequenzen folgten daraus?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 227
73.	25	0600	63207	Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder	- Zu Teilansatz d) „Nationale Stelle zur Verhütung von Folter“: Wie begründet sich die Absenkung des Teilansatzes im Jahr 2025? - Zu Teilansatz e) „Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle für die elektronische Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) im Land Hessen“: Womit begründet sich der Aufwuchs des Teilansatzes? Bitte um Darstellung unter Angabe der Anzahl der eingesetzten bzw. einzusetzenden Fußfesseln. Wie hoch war das IST in 2022 und 2023? Welchen Nutzen sieht der Senat im Teilansatz?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 228-230
74.	25	0600	63207	Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder	Zu e) Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle für die elektronische Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) im Land Hessen: Wie erklärt sich die Mittelsteigerung der Ansätze 2024 und 2025 gegenüber dem Ansatz 2023?	AfD	Sammelvorlage, S. 231-232
ÄÄ	25	0600	63207	Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder	Ansatz 2024: 305.000 Ansatz 2025: 305.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen			
				<u>Änderungsantrag Nr. 6</u>			
				2024: - 300.000			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
				2025: - 310.000											
				<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Änderung der Tabelle: Streichung Teilansatz e) „Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle für die elektronische Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) im Land Hessen“</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 30%;">Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Linke														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
75.	25	0600	63302	Ersatz von Ausgaben an Jugendhilfeträger	Bitte Auslastung der 10 Therapieplätze für die Jahre 2021 bis 2023 darstellen sowie die Anfragehäufigkeit auf die Therapieplätze.	AfD	Sammelvorlage, S. 233								
76.	25	0600	68262	Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB	Bitte um Darstellung des aktuellen Zeit- und Kostenplans der Maßnahmen in den JVAen Tegel und Plötzensee. Insbesondere mit welchen Baukostensteigerungen aktuell zu rechnen ist und wie dafür Vorsorge getroffen ist?	LINKE	Sammelvorlage, S. 234-236								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
77.	27	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Zu 3.: Von wem wird der Runde Tisch betrieben und was ist der Inhalt des Projekts zur religiösen Betreuung muslimischer Inhaftierter?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 237-238
78.	27	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Wie sieht die Konzeptionierung des Projekts „Zugang zum Recht“ aus?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 239
79.	26	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	<ul style="list-style-type: none"> - Bitte um projektscharfe Aufschlüsselung und Erläuterung aller Teilansätze einschließlich der Darstellung der IST-Zahlen für 2022 unter Darlegung der Umsetzung der Schwerpunkte des Koalitionsvertrags bzw. der Richtlinien der Regierungspolitik, insbesondere: - Bitte um Darstellung, inwiefern eine Verbindung in der Etatisierung der in diesem Titel angesetzten Kosten für „Kinderschutzambulanzen“ und dem der „Einrichtung von Kinderschutzambulanzen“ im Jugendhaushalt (EP 10, Kap. 1042, Titel 67101) besteht. - Zu Projekte im Förderbereich „Gewaltprävention und Opferschutz“: Warum hat das childhood House nur gleichbleibende Beträge, obwohl mehr Mittel für weitere Stellen gebraucht werden, da ein Umzug in neue Räume stattfinden wird und dort eine weitere 0,6 Facharzt-Stelle gebraucht wird sowie eine 0,5 Psychotherapeutenstelle?“ Warum sind Inflation und steigende Lohnkosten nicht berücksichtigt? - Wir bitten darzustellen, wie sich die Kosten für „Hafträume & Kinderzimmer“ im Einzelnen aufschlüsseln. - Wie bitten darzustellen, aus welchen Gründen sich eine Absenkung der Mittel für die Gewaltschutzambulanz für 2024 im Vergleich zu 2023 ergeben. - Wir bitten darzustellen, aus welchen Gründen keine Mittel für die Beratung von Untersuchungs- und Strafgefangenen in der JVA Moabit für 2024 und 2025 vorgesehen sind. 	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 240-252

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					<ul style="list-style-type: none"> - Wir bitten darzustellen, aus welchen Gründen keine Mittel für die Beratung und Unterstützung von Inhaftierten mit Alkoholproblematik für 2024 und 2025 vorgesehen sind. - Wir bitten darzustellen, aus welchen Gründen keine Mittel für die Beschäftigung im Bereich Garten- und Landschaftsbau in der Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg für 2024 und 2025 vorgesehen sind. - Wir bitten darzustellen, aus welchen Gründen keine Mittel für das Empowerment durch IT- und Deutschtraining im Trainingszentrum der Justizvollzugsanstalt für Frauen Berlin für 2024 und 2025 vorgesehen sind. - Wir bitten darzustellen, wie sich die Kosten für das Projekt „Servicestelle Beschuldigtenkontakt“ im Einzelnen darstellen. - Wir bitten darzustellen, welche Pläne der Senat mit dem erheblichen Aufwuchs für das anerkannte Projekt „Beratung für Männer gegen Gewalt“ verfolgt. - Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund die Beträge für die anerkannten Projekte „Kind im Blick“ und „Berliner Zentrum für Gewaltprävention“ trotz Inflation und gestiegener Personalkosten nicht erhöht wurden. - Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund das anerkannte Projekt Arbeit statt Strafe nur verhältnismäßig geringe Mittelaufwüchse erhält und wie diese konkret eingesetzt werden sollen. Welche weiteren Projekte oder Programme sind für die Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen geplant und/oder für die Jahre 2024 und 2025 etatisiert? Bitte um Darstellung, auch unter Angabe der jeweiligen Kapitel und Titel. - Wir bitten um Darstellung der Kosten und des Förderplans für den neuen Ansatz „Eingliederungshilfe für Sicherungsverwahrte“. 		

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
					- Wir bitten um konkrete Darstellung der Kostenentwicklung für das Projekt „Proaktiv Servicestelle für Betroffene von Straftaten“ im Zusammenhang mit der geplanten landesweiten Ausweitung des Projekts.		
80.	26 ff.	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ist der Verwaltung bekannt, dass die Gewaltschutzambulanz der Charité momentan nur eingeschränkt eine anonyme vertrauliche Spurensicherung durchführt? Grund dafür wird Personalmangel genannt, ist dies zutreffend? 2. Welches Konzept entwickelt die Verwaltung, um ein flächendeckendes und Rund-um-die-Uhr Angebot zur vertraulichen Spurensicherung und zur medizinischen Versorgung nach sexueller Gewalt anbieten zu können und die Versorgungslücke zu schließen? 3. Wie viele Schulungen hat die Gewaltschutzambulanz bzgl. des Spurensicherungskits im Jahre 22/23 mit Berliner Klinikpersonal durchgeführt? Wie stellt sich die Teilernehmer:innenanzahl pro Schulung dar? 4. Welche Summe wurde im Jahr 22/23 für den Ankauf von Spurensicherungskits aufgewandt? Wie viele Spurensicherungskits kamen im Jahr 22/23 zur Anwendung? 5. Welche weiteren Maßnahmen mit der Zielrichtung Opferschutz sind geplant und in welcher Höhe (gegebenenfalls in anderen Titeln) veranschlagt? 6. Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund bei Projekten im Förderbereich „Arbeit statt Strafe“ der Posten Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit doppelt angesetzt ist. 7. Wir bitten Unterschied zwischen den Posten „Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit“ und dem Posten „Arbeit statt Strafe – Sozialpädagogisch betreute Beschäftigungseinrichtung“ darzustellen. 	LINKE	Sammelvorlage, S. 253-254

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					<p>8. Wir bitten darzustellen, wie sich die Kosten für „Hafträume & Kinderzimmer“ im Einzelnen aufschlüsseln.</p> <p>9. Mit welcher Begründung werden folgende Projekte nicht fortgesetzt?</p> <ol style="list-style-type: none"> Beratung und Unterstützung von Inhaftierten mit Alkoholproblematik, Beratung von Untersuchungs- und Strafgefangenen in der JVA Moabit, Beschäftigung im Bereich Garten- und Landschaftsbau in der Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg und Empowerment durch IT- und Deutschtraining im Trainingszentrum der Justizvollzugsanstalt für Frauen Berlin. <p>10. Weshalb wird für den Bereich der Zuwendungsempfangenden keine Vorsorge für Tarifsteigerungen mehr getroffen?</p>		
81.	26ff.	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	<p>Projekte im Förderbereich „Gewaltprävention und Opferschutz“ Beratung für Männer – gegen Gewalt (Kooperationsverbund mit Kind im Blick): Wie erklärt sich die deutliche Mittelsteigerung der Ansätze 2024 und 2025 gegenüber dem Ansatz 2023?</p> <p>Projekte im Förderbereich „Arbeit statt Strafe“ Allgemein: Wie sieht die gemeinnützige Arbeit im Allgemeinen aus? Welche Tätigkeiten sind zulässig bzw. werden angeboten?</p> <p>Projekte im Förderbereich „Justizvollzug“ 1. Arbeitsfeld Beratung und Betreuung von Inhaftierten/Übergangsmangement Übergangsmangement für erwachsene inhaftierte Männer (insbesondere JVAen Tegel und Heidering); BISHHER: Strukturierte Entlassungsvorbereitung in der Teilanstalt II der Justizvollzugsanstalt Tegel: Wie erklärt sich die deutliche Mittelsteigerung der Ansätze 2024 und 2025 gegenüber</p>	AfD	Sammelvorlage, S. 255-262

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
					<p>dem Ansatz 2023? Radikalisierungspräventive Maßnahmen für junge Strafgefangene (ab 2023): Was wird bei der Maßnahme für welche Arten der Radikalisierung angeboten? Schuldner- und Insolvenzberatung für den Berliner Justizvollzug: Wie erklärt sich die Mittelsteigerung der Ansätze 2024 und 2025 gegenüber dem Ansatz 2023? Durch wen werden die Beratungen durchgeführt bzw. gibt es eine Kooperation mit der Verbraucherzentrale Berlin e.V.? Präfix Berlin – Durchführung von Elterncoaching in Berliner Haftanstalten: Wie erklärt sich die Mittelsteigerung der Ansätze 2024 und 2025 gegenüber dem Ansatz 2023? Niederschwelliges Beratungsangebot für Angehörige – Familienarbeit in Berliner Justizvollzugsanstalten: Wie erklärt sich die Mittelsteigerung der Ansätze 2024 und 2025 gegenüber dem Ansatz 2023? Wie sieht dieses niederschwellige Beratungsangebot aus? Übergangsmangement für erwachsene inhaftierte Männer: Bitte Maßnahme erläutern. Wie unterscheidet sich die Maßnahme vom oben angeführten Übergangsmangement für erwachsene inhaftierte Männer (insbesondere JVAen Tegel und Heidering); BISHAR: Strukturierte Entlassungsvorbereitung in der Teilanstalt II der Justizvollzugsanstalt Tegel?</p> <p>Projekte im Förderbereich „Justizvollzug“ 1. Arbeitsfeld Beratung und Betreuung von Inhaftierten/Übergangsmangement Eingliederungshilfe für Sicherungsverwahrte aus Anlass der Entlassung (neu): Bitte Notwendigkeit der Maßnahme und der Ansätze 2024 und 2025 erläutern. 2. Arbeitsfeld schulische und berufliche Qualifizierung sowie</p>		

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					<p>Beschäftigung Umschulungsmaßnahmen und Berufsfördermaßnahmen in der JVA Tegel: Wie erklärt sich die Mittelsteigerung der Ansätze 2024 und 2025 gegenüber dem Ansatz 2023?</p> <p>Beschäftigung im Bereich Garten- und Landschaftsbau in der Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg: Warum gibt es keine Ansätze für 2024 und 2025 mehr?</p> <p>Beschäftigung in einer Holzwerkstatt in der JAA Berlin-Brandenburg: Bitte Ansätze 2024 und 2025 erläutern.</p> <p>Bildungsmaßnahmen für jugendliche, nicht schulpflichtige und heranwachsende männliche Inhaftierte in der JSA Berlin: Wie erklärt sich die Mittelsteigerung der Ansätze 2024 und 2025 gegenüber dem Ansatz 2023?</p> <p>Empowerment durch IT- und Deutschtraining im Trainingszentrum der Justizvollzugsanstalt für Frauen Berlin: Warum gibt es keine Ansätze für 2024 und 2025 mehr?</p> <p>ABA-Arbeitsbegleitende Alphabetisierung in der JSA Berlin: Bitte Ansätze 2024 und 2025 erläutern.</p> <p>Kreative Sprachförderung in Verbindung mit Medien-/IT-Bildung in der JSA Berlin: Bitte Ansätze 2024 und 2025 erläutern.</p> <p>3. Arbeitsfeld Netzwerkarbeit, Informationsversorgung, religiöse Betreuung</p> <p>Runder Tisch zur Informationsversorgung und Betreuung ausländischer Gefangener sowie Projektumsetzung „Religiöse Betreuung muslimischer Inhaftierter in den Justizvollzugsanstalten des Landes Berlin“: Wie wird sichergestellt, dass die Betreuung nicht für die „Radikalisierung“ im politischen oder religiösen Bereich missbraucht wird? Mit welchen Akteuren und Institutionen wird hier zusammengearbeitet? Werden Erkenntnisse des Verfassungsschutzes berücksichtigt?</p>		

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					Projekte der Abteilung V der SenJustV Gewaltschutzambulanz: Warum sind die Ansätze 2024 und 2025 gegenüber dem Ansatz 2023 reduziert? Bitte erläutern.		
ÄÄ	26ff.	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Ansatz 2024: 10.449.000 Ansatz 2025: 10.647.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD		Bündnis 90/Die Grünen		Die Linke			
<u>Änderungsantrag Nr. 7</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 7</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 6</u>			
2024: +250.000 2025: +250.000		2024: +320.000 2025: +578.000		2024: +161.100 2025: +209.600			
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Stärkung von Projekten im Förderbereich „Arbeit statt Strafe“, Verstetigung der Gewaltschutzambulanz, Schaffung eines Pilotprojektes „Jugendstrafvollzug in freien Formen“ nach Vorbild des Seehaus-Projektes		a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Erhöhung der Fördermittel aufgrund des entsprechenden Bedarfs und der Förderanträge der jeweiligen Zuwendungsempfänger.		a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Der Zuschuss für die Gewaltschutzambulanz wird auf die Höhe von 2023 gebracht und jährlich entsprechend der Inflationsrate gesteigert.			
b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Anpassung der Tabelle TA "Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit"		b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Anpassung der Teilansätze: aa) Projekte im Förderbereich		b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> In der Tabelle wird in der Zeile Gewaltschutzambulanz für 2024: 1.457.100 und für 2025:1.544.480 eingetragen (verbindliche Erläuterung)			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
	Ansatz 2024 222.050 Ansatz 2025 222.050				„Gewaltprävention und Opferschutz“										
	TA "Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit"			Servicestelle Beschuldigtenkontakt 2024: 150.000 (+ 38.000) 2025: 150.000 (+ 38.000)		<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	
Ja	Grüne und Linke														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
	Ansatz 2024 318.100 Ansatz 2025 318.100			Berliner Zentrum für Gewaltprävention 2024: 180.000 (+ 30.000) 2025: 180.000 (+ 30.000)											
	TA "ISI – Integration statt Inhaftierung"			Childhood-House 2024: 204.000 (+ 10.000) 2025: 454.000 (+ 260.000)											
	Ansatz 2024 286.300 Ansatz 2025 286.300														
	TA "Arbeit statt Strafe – Sozialpädagogisch betreute Beschäftigungseinrichtung": Ansatz 2024 473.100 Ansatz 2025 473.100			bb) Projekte im Förderbereich „Arbeit statt Strafe“											
	Anpassung der Tabelle „Projekte der Abteilung V der SenJustV“: TA „Gewaltschutzambulanz“ Ansatz 2024 1.396.000€ Ansatz 2025 1.434.880€			Arbeit statt Strafe – Sozialpädagogisch betreute Beschäftigungseinrichtung 2024: 523.100 (+ 100.000) 2025: 523.100 (+ 100.000)											
	Anpassung der Tabelle „Projekte im Förderbereich Justizvollzug, 1. Arbeitsfeld Beratung und Betreuung von Inhaftierten/Übergangsmanagement“: Schaffung eines neuen Teilansatzes TA (neu) „Pilotprojekt Jugendstrafvollzug in freien Formen“ Ansatz 2024 10.000 €			cc) Projekte der Abteilung V der SenJustV Gewaltschutzambulanz											

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>einstimmig angenommen</td> </tr> </table>				Ja	CDU, SPD, Grüne und Linke	Nein		Enthaltung	AfD	Ergebnis	einstimmig angenommen	2024: 1.446.000 (+ 150.000) 2025: 1.446.000 (+ 150.000)			
Ja	CDU, SPD, Grüne und Linke														
Nein															
Enthaltung	AfD														
Ergebnis	einstimmig angenommen														
82.	31	0600	51135 MG 32	Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG	Warum ist der Ansatz für 2025 fast doppelt so hoch wie in 2024?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 263								
ÄÄ	31	0600	51135 MG 32	Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG	Ansatz 2024: 518.000 € Ansatz 2025: 965.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
CDU / SPD															
<u>Änderungsantrag Nr. 1</u>															
2024: +/- 0 2025: - 195.000															

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung							
Ja		CDU und SPD					
Nein		Grüne					
Enthaltung		Linke und AfD					
Ergebnis		mehrheitlich angenommen					
83.	31	0600	51168 (neu) MG 32	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT	Welche Hardware soll für das Innovationszentrum Legal Tech beschafft werden? Welche Hardware soll für das Kompetenzzentrum Barrierefreiheit beschafft werden?	AfD	Sammelvorlage, S. 264
84.	31	0600	51185 MG 32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT	<ul style="list-style-type: none"> - Teilansatz 3: Bitte um Erläuterung und Darstellung des Teilansatzes. Worin begründet sich der Aufwuchs in den Jahren 2024 und 2025 gegenüber dem Jahr 2023? - Teilansatz 7: Warum wurden die Mittel für die Länderarbeitsgruppe zur Zukunft der IT-Fachverfahren gestrichen ? - Teilansatz 8: Was versteht der Senat unter einem „Innovationszentrum Legal Tech“? Welche Planungen verfolgt der Senat mit der Einrichtung des „Innovationszentrums Legal Tech“? Was zeichnet ein Innovationszentrum allgemein aus? - Teilansatz 10: Bitte um Erläuterung des Teilansatzes, unter der Darstellung des Projektes „Cyber Innovation Hub“. 	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 265-267
85.	31	0600	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrens-	a) Bitte die Preisänderungen für einzelne Dienstleistungen erläutern (laufende Nummern 1, 3, 4, 5).	LINKE	Sammelvorlage, S. 268-270

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				abhängige IKT	b) Weshalb werden die laufenden Nr. 6 und 7 nicht verlängert? c) Wie weit ist die Projektplanung der Nrn. 8. bis 10. jeweils fortgeschritten? Bitte Planungsunterlagen soweit möglich vorlegen.		
86.	31	0600	51185 MG 32	Dienstleistungen für verfahrensabhängige IKT	Zu Nr. 3 Betrieb Funkzellentransparenzsystem: Wie erklärt sich die deutliche Mittelsteigerung der Ansätze 2024 und 2025 gegenüber dem Ansatz 2023? Bitte die Fallzahlen der Funkzellenabfragen der letzten drei Jahre darstellen.	AfD	Sammelvorlage, S. 271
ÄÄ	31	0600	51185 MG 32	Dienstleistungen für verfahrensabhängige IKT	Ansatz 2024: 720.000 € Ansatz 2025: 670.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD							
<u>Änderungsantrag Nr. 2</u>							
2024: - 250.000 2025: - 15.000							
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung und Verstärkung der Mittel zur Einrichtung eines Cyber Innovation Hub (Teilansatz 10: + 185.000 € in 2025)							
b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Anpassung der Tabelle							

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
<p>Streichung TA 3 „Betrieb Funkzellentransparenzsystem“</p> <p>Die TA 4 bis 12 werden zu TA 3 bis 11 (neu).</p> <p>TA 9 (neu) „Cyber Innovation Hub“ Ansatz 2024 65.000€ Ansatz 2025 250.000€</p> <table border="1" data-bbox="100 774 593 949"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU und SPD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich angenommen</td> </tr> </table>								Ja	CDU und SPD	Nein	Grüne und Linke	Enthaltung	AfD	Ergebnis	mehrheitlich angenommen
Ja	CDU und SPD														
Nein	Grüne und Linke														
Enthaltung	AfD														
Ergebnis	mehrheitlich angenommen														
87.	352	Stellenplan 0600	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Begründung und Darstellung der Aufgaben des Beschäftigte/r mit Sonderentgelt AT1. Warum ist diese Stelle nicht in RN 0977 E aufgelistet?	LINKE	Sammelvorlage, S. 272-273								
Kapitel 0605 - Gemeinsams Juristisches Prüfungsamt															
88.	42	0605	übergreifend		Bitte um Darstellung und Erläuterung von Anzahl und Quote von prüfenden Hochschullehrenden im ersten und zweiten Examen? Mit welchen Maßnahmen kann die Beteiligung gesteigert werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 274-275								
89.	42	0605	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und	Bitte den Stand des Besetzungsverfahrens für den/die Leiter*in des GJPA darstellen. Wann ist mit einer erfolgreichen Neubesetzung zu rechnen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 276								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				Beamten			
90.	42	0605	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 277
91.	42	0605	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	Bitte um Darstellung und Begründung des Anstieges gegenüber dem IST 2022. Welche Regelungen für Honorare und Reisekosten bestehen aktuell und künftig?	LINKE	Sammelvorlage, S. 278
92.	42	0605	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 279
93.	42	0605	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	<ul style="list-style-type: none"> - Wo werden künftig die schriftlichen Prüfungen stattfinden, die zuvor am Standort der SenJustVA stattgefunden haben? - Warum können die schriftlichen Prüfungen nicht zumindest teilweise am Standort der SenJustVA durchgeführt werden? Dazu insbesondere Bitte um Erläuterung dazu, wo die Examina langfristig durchgeführt werden sollen. Werden aus den Mitteln auch externe Computerräume angemietet? Wie verhält sich der Titelantrag zu Kapitel/Titel 0615/81276 und der dort veranschlagten Anschaffung von Laptops für das E-Examen? 	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 280-281
94.	43	0605	52501	Aus- und Fortbildung	Für Aus- und Fortbildung für Richter*innen wurde in 2023 mehr Geld als zuvor eingestellt (130.000, explizit wegen „Ausbau Fortbildungsangebot für Familienrichter*innen, Jugendstrafrichter*innen und Jugendstaatsanwälte*innen in Bezug auf die Anhörung von Kindern in Gerichtsverfahren“. Im neuen HH ist die Höhe gleich, aber der Schwerpunkt „Kindesanhörungen“ fehlt, stattdessen steht dort „Vermehrte Fortbildungs-	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 282-283

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					angebote in interdisziplinären Themen sowie Ausbau und Neukonzeption der Fortbildungen“. <ul style="list-style-type: none"> - Was ist mit interdisziplinär konkret gemeint? - Wie soll das Fortbildungsangebot ausgebaut werden, wenn die Höhe der Mittel gleich bleibt? - Warum ist der Schwerpunkt Kindesanhörungen entfallen? 		
ÄA	43	0605	52501	Aus- und Fortbildung	Ansatz 2024: 130.000 Ansatz 2025: 130.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD		Bündnis 90/Die Grünen					
<u>Änderungsantrag Nr. 8</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 8</u>					
2024: + 30.000 2025: + 70.000		2024: +/- 0 2025: +/- 0					
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Stärkung der Fortbildungsmaßnahmen zur Antisemitismusprävention in der Justiz, Ausbau der Fortbildungsangebote		a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Konkretisierung des Mehrbedarfs b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Neufassung der Erläuterung_					
Ja	CDU, SPD, Grüne, Linke und AfD		Sachkosten aus Anlass der Fortbildung der Berufsrichter/innen-				
Nein							
Enthaltung			Mehr wegen Ausbau des Fortbildungs-				

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
Ergebnis		einstimmig angenommen		<p>angebotes für Familienrichter*innen, Jugendstrafrichter*innen und Jugendstaatsanwält*innen in Bezug auf die Anhörung von Kindern in Gerichtsverfahren sowie zusätzlicher Fortbildungsmittel (kindgerechte und diskriminierungskritische Justiz, bspw. leichte und einfachere Sprache in der Justiz).</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>				Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	Grüne und Linke														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
95.	43	0605	54010	Dienstleistungen	Bitte erläutern, welche Dienstleistungen jeweils in Anspruch genommen werden sollen.	LINKE	Sammelvorlage, S. 284								
96.	43	0605	54010	Dienstleistungen	Wie hoch sind die geplanten Kosten für die Fortführung der Studie zu sozialen und diskriminierenden Faktoren in der juristischen Ausbildung? Bitte die Notwendigkeit der Fortführung der Studie erläutern. Zu welchem Ergebnis kam die vorangegangene Studie?	AfD	Sammelvorlage, S. 285								
97.	45	0605	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Welche Mittel im Rahmen der deutlichen Erhöhung des Ansatzes stehen im Zusammenhang mit der Einführung elektronischer Klausuren in den Staatsprüfungen? Bitte erläutern.	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 286								
98.	45	0605	51185 MG32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	- Bitte um detaillierte Darstellung, wie ELAN-REF weiterentwickelt werden soll und in welcher Höhe Mittel dafür konkret vorgesehen sind. Wie wird ELAN-REF von den Nutzer*innen angenommen?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 287-288								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					<p>Wird die Nutzung von ELAN-REF durch Auswertung von Erfahrungsberichten der Referendar*innen evaluiert?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bitte um Darstellung, weshalb die Mittel 2025 gegenüber 2024 wieder zurückgehen. - Bitte um Darstellung des Ansatzes gegenüber dem Ansatz 2023 und 2022 und dem IST aus 2022. 		
99.	45	0605	51185 MG32	Dienstleistung für die verfahrensabhängige IKT	<ul style="list-style-type: none"> a) Bitte den Ansatz nach den einzelnen Projekten/Fachverfahren aufschlüsseln. b) Welche der unter a) aufgelisteten Fachverfahren werden intern und welche extern mit jeweils welchem Lizenzmodell entwickelt? 	LINKE	Sammelvorlage, S. 289
Kapitel 0608 - Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Verbraucherschutz -							
100.	49 ff.	0608	Titelübergreifend		Aus welchem Titel wird der Berliner Ernährungsrat finanziert?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 290
101.		0608	übergreifend		Welche gesetzlichen Vorhaben plant der Senat bis 2026 im Sinne des Verbraucherschutzes zu überarbeiten bzw. umzusetzen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 291
102.	49	0608	Titelübergreifend		Wo werden Grundsatzfragen der Verbraucher-, Ernährungs- und Agrarpolitik haushaltstechnisch veranschlagt; wie viel Geld steht hierfür zur Verfügung?	LINKE	Sammelvorlage, S. 292
103.		0608	Titelübergreifend		Wo befinden sich Ansätze für ein Waschbären-Kastrationsprojekt? Falls nicht vorhanden, an welcher Stelle im Einzelplan Kapitel 0608 könnte ein Titelansatz verstärkt werden? Wo könnte ggf. ein neuer Titel mit welcher Titelnummer geschaffen werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 293
ÄÄ		0608	Titel neu	Zuschüsse für Planungs- und Bauvorbereitungsmittel für die	Ansatz 2024: bisher kein Ansatz Ansatz 2025: bisher kein Ansatz		

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				Schaffung eines landeseigenen Tierheims			
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	<p style="text-align: center;"><u>Änderungsantrag Nr. 4</u></p> <p style="text-align: center;">2024: + 100.000 2025: + 100.000</p> <p>Ansatz 2024 bisher kein Ansatz Ansatz 2025 bisher kein Ansatz</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Die Schaffung eines landeseigenen Tierheim, soll die Tierschutzorganisationen entlasten und so dem Tierschutz im Land Berlin insgesamt dienen.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Die Mittel dienen der Planung und Bauvorbereitung eines landeseigenen Tierheims.</p>

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Enthaltung	
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
104.	50	0608	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Wie kommt es zu dem hohen IST-Wert in Höhe von über 500.000 Euro in 2022? Welche Zuwendungsempfänger haben Rückzahlungen geleistet?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 294
105.	50	0608	11934	Rückzahlungen überzahlter Beträge	Bitte um einen Bericht, woher die Einnahmen aus dem Ist-Wert 2022 stammen.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 295
106.	50	0608	11934	Rückzahlung überzahlter Beträge	Bitte das hohe Ist 2022 erläutern.	AfD	Sammelvorlage, S. 296
107.	52	0608	41210	Aufwendungen für Beiräte	Inwiefern werden tatsächlich entstandene Kosten ermittelt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 297
108.	52	0608	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Warum sind die Ansätze deutlich höher als das Ist 22, hingegen der Ansatz 23 höher als der in 24 und 25? Inwieweit können die Ansätze stärker ans Faktische angepasst werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 298
109.	52	0608	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 299
110.	52	0608	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 300

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
111.	52	0608	51101	Geschäftsbedarf	1. Warum erfolgt keine inflationsbedingte Anpassung des Ansatzes? 2. Sind die 2.100 € für die Landestierschutzbeauftragte in beiden Planjahren vorgesehen? Wie hoch war dieser Betrag jeweils in 22 und 23?	LINKE	Sammelvorlage, S. 301								
ÄÄ	52	0608	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2024: 12.000 Ansatz 2025: 12.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
Die Linke															
<u>Änderungsantrag Nr. 7</u>															
2024: + 1.000															
2025: + 1.000															
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> zur organisatorischen Stärkung des Tierschutzes															
b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Davon sind 3.100 € für die Landestierschutzbeauftragte vorgesehen															
						<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich</td> </tr> </table>		Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich
Ja	Grüne und Linke														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich														

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
					abgelehnt		
112.	52	0608	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	Bitte die Halbierung des Ansatzes zur Tierseuchenbekämpfung begründen.	LINKE	Sammelvorlage, S. 302
113.	53	0608	52501	Aus- und Fortbildung	1. Sind jährlich 6.950 € für Fortbildungen der Landestierschutzbeauftragten auskömmlich? Wie hoch war der Teilansatz jeweils in 22 und 23? 2. Hat die Landestierschutzbeauftragte einen anderen Bedarf angemeldet, falls ja, in welcher Höhe? 3. Besteht ein System zum effektiven Wissensmanagement und/oder internen Fortbildung des Teams der Landestierschutzbeauftragten?	LINKE	Sammelvorlage, S. 303
ÄÄ	53	0608	52501	Aus- und Fortbildung	Ansatz 2024: 14.900 Ansatz 2025: 15.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Die Linke <u>Änderungsantrag Nr. 8</u> 2024: + 1.000 2025: + 1.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Mehr für Fortbildungen bei der Landestierschutzbeauftragten, zur wissenschaftlich fundierten Stärkung des			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
					<p>Tierschutzes</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Davon sind jährlich 7.950 € für Fortbildungen der Landestierschutzbeauftragten vorgesehen.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Linke und Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	Linke und Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Linke und Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
114.	53	0608	52610	Gutachten	Wer ist für die Gutachten rund um das Taubenschutzmanagement vorgesehen? Welche fachliche Qualifikation wird dem zugrunde gelegt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 304								
115.	53	0608	52610	Gutachten	Welche Vorarbeit wurde in 22 und 23 geleistet, was ist in 24 und 25 geplant? Aus welchen weiteren Titeln wird die Maßnahme „Pilot-Taubenschläge“ und das „Berliner Stadttaubenkonzept“ finanziert? Ist der Titel auskömmlich, um die Maßnahme evaluieren zu können?	LINKE	Sammelvorlage, S. 305								
116.	54	0608	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Wie erklärt sich der große Wegfall von Mitteln im Ansatz 2023 von 109.000 Euro auf 14.000 Euro in 2024/ 025? Welche Projekte/Kampagnen sollen zukünftig in diesem Titel gefördert werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 306								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
117.	54	0608	54010	Dienstleistungen	Zu 1.: In welcher Höhe sollen Mittel für die Weiterentwicklung der Ernährungsstrategie geplant? Welche Maßnahmen sind für die Ernährungsstrategie vorgesehen? Zu 5.: Gibt es Bedarfe für eine Studie zur Abschaffung der Rasseliste über die bereits bestehende Forschungslage hinaus?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 307-308
118.	54	0608	54010	Dienstleistungen	<ul style="list-style-type: none"> - Maßnahme Nr. 1: Bitte um einen Bericht, wie die Finanzmittel der Maßnahme 1 „Ernährungsbereich“ verausgabt werden sollen. - Maßnahme Nr. 5: Wird die Expertise des Tierheim Berlins hinzugezogen? - Maßnahme Nr. 6: Wie wird das Resilienztraining der Landestierschutzbeauftragten von den Tierärzt*innen angenommen? Welche weiteren Trainings sind geplant? - Maßnahme Nr. 7: Welche Kriterien unterliegen den Tierschutzbildungs-Workshops für Berliner Schulen? Auf welchen Daten wurden die Kosten ermittelt? 	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 309-311
119.	54 f.	0608	54010	Dienstleistungen	<p>Nr. 1: Bitte stellen Sie die finanzielle Mittelverteilung für die unterschiedlichen Maßnahmen in 2024/2025 einzeln dar.</p> <p>Nr. 3: Wie sind die Mittel zwischen „Bewirtschaftung von Zuwendungen (Beleihungsvertrag)“ und der institutionellen Förderung der Tiertafel verteilt? Hat die Tiertafel einen höheren Bedarf angemeldet? Wie ist der Beleihungsvertrag gestaltet?</p> <p>Nr. 4: Weshalb erfolgte keine inflationsbedingte Anpassung des Ansatzes?</p> <p>Nr. 5: Wann wird die Dienstleistung ausgeschrieben?</p> <p>Nr. 6: Ist der Ansatz auskömmlich? Wodurch sind die psychologischen Belastungen so hoch und wie könnten sie durch Maßnahmen im Land Berlin verringert werden?</p> <p>Nr. 7: Ist der Ansatz auskömmlich? Wie viele Workshops an wie vielen Schulen für jeweils wie viele Schüler*innen werden durchgeführt? Gibt</p>	LINKE	Sammelvorlage, S. 312-315

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					es einen Austausch mit der für Bildung zuständigen Verwaltung zur Aufnahme des Themas in den Lehrplan? Nr. 8: Warum werden diese Zahlungen in 2024/ 2025 eingestellt?		
120.	54	0608	54010	Dienstleistungen	Zu Nr. 1 Ernährungsbereich: Bitte die geplanten Kosten der einzelnen Dienstleistungen und Projekte darstellen und wer sie durchführt. Bitte speziell die Kosten und die Notwendigkeit der Maßnahmen mit der Zielgruppe Migranten erläutern. Zu Nr. 2 Radioaktivitätsuntersuchungen Lebens- und Futtermittel: Wie wurde die Höhe von 7.000 € als vorsorglicher Ansatz ermittelt? Zu Nr. 3 Bewirtschaftung von Zuwendungen (Beleihungsvertrag) inkl. der Zuwendungen der Landestierschutzbeauftragten: Bitte alle Zuwendungsempfänger, Zuwendungsart, Zuwendungshöhe und Status der Verwendungsnachweisprüfung darstellen.	AfD	Sammelvorlage, S. 316-319
ÄÄ	54	0608	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2024: 710.000 Ansatz 2025: 665.000 VE 2024: 470.000 VE 2025: kein Ansatz		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				Die Linke		AfD	
<u>Änderungsantrag Nr. 9</u>				<u>Änderungsantrag Nr. 9</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 5</u>	
2024: - 25.000 2025: +/- 0				2024: + 5.000 2025: + 15.000		2024: - 100.000 2025: - 100.000	
a) Begründung zum Änderungsantrag:				a) Begründung zum Änderungsantrag:		Teilansatz Nr. 1 Ernährungsbereich	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Gegenfinanzierung						zur Stärkung des Themas Tierschutz in der Bildung, aufsteigend mit den Jahren	
b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Anpassung der Tabelle: TA 5. „Studie gefährliche Hunde“ Ansatz 2024 25.000 € Ansatz 2025 0 €						b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Nr. 7: Tierschutzbildungs-Workshops an Berliner Schulen: 2024: 19.900 2025: 30.000	
Ja		CDU und SPD					
Nein							
Enthaltung		Grüne, Linke und AfD					
Ergebnis		einstimmig angenommen					
						a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Begründung zum Änderungsantrag: Spezielle Maßnahmen mit nur einer Zielgruppe (hier nur Migranten) in diesem Zusammenhang werden abgelehnt (geplant sind jährlich 100.000 €). Derartige Maßnahmen sind auf die gesamte Bevölkerung auszurichten, zumal das Ziel der Berliner Ernährungsstrategie der Zugang zu gesunden Lebensmitteln für alle Bevölkerungsgruppen ist. Dies wird durch andere Maßnahmen der Verbraucherinformation erreicht.	
						b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Verbindliche Erläuterung: Zu 1.: Maßnahmen mit der Zielgruppe Migranten (geplant sind jährlich 100.000 €) werden gestrichen. Maßnahmen werden immer an der Gesamtheit der	
Ja		Grüne und Linke					
Nein		CDU, SPD und AfD					
Enthaltung							
Ergebnis		mehrheitlich abgelehnt					

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
						Bevölkerung ausgerichtet.	
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
121.	56	0608	54026	Tierkörperbeseitigung	Welche Leistungen werden in diesen Verträgen erbracht? Geht die Senatsverwaltung von einer ausreichenden Deckung der bestehenden bezirklichen Bedarfe zur Tierkörperbeseitigung aus?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 320
122.	56	0608	54026	Tierkörperbeseitigung	<ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Tierreste (Körperteile) werden beseitigt? Von welchen Tieren? Gibt es der Darstellung unter https://www.berlin.de/sen/verbraucherschutz/aufgaben/tierschutz/tierkoerperbeseitigung/entsorgung-tierischer-nebenprodukte-348300.php etwas hinzuzufügen? 2. Werden auch Stadttauben und/oder Versuchstiere aus diesem Titel beseitigt? Falls nein, wer ist hierfür verantwortlich und wo sind die Aufwendungen dafür jeweils nachgewiesen? 3. Welche Transporte von wo nach wo fallen unter diesem Titel an? Wie viele davon werden durch die Landessammelstelle veranlasst? 4. Wer ist der Dritte zur Erfüllung der Verpflichtung? Ist dieser ausschließlich damit beauftragt, Tierische Nebenprodukte der Kategorie 3 („dürfen von Spezialunternehmen, die entsprechend registriert sein müssen, verarbeitet bzw. entsorgt werden“) zu beseitigen? Wo ist der Dienstleistungsauftrag etatisiert? 5. Ist unter dem vorliegenden Titel die Firma SecAnim GmbH Auftragnehmer? Beseitigt diese Firma ausschließlich tierische Nebenprodukte der Kategorien 1 und 2? 	LINKE	Sammelvorlage, S. 321-323

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					6. Bitte die Verträge zu 4. und 5. jeweils vorlegen. Falls dies nicht möglich ist, bitte die Abrechnungsmodalitäten darstellen. 7. Warum fällt der Ansatz in 24 und 25 deutlich höher aus als der Ansatz 23, obwohl in 23 bereits volljährig der neue Vertrag mit dem Dritten in Kraft war? Wie ist die Kostensteigerung von 23 auf 24 und 25 zu erklären? Wer hat die neuen Entgelte mit wem verhandelt? War das Ergebnis der Verhandlungen die Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung von Entgelten für die Inanspruchnahme von Leistungen im Rahmen der Beseitigung tierischer Nebenprodukte vom 11. August 2022? 8. Wie viele Firmen haben an der Ausschreibung teilgenommen?		
ÄÄ	56	0608	54026	Tierkörperbeseitigung	Ansatz 2024: 356.000 Ansatz 2025: 356.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Die Linke <u>Änderungsantrag Nr. 10</u> 2024: +/- 0 2025: - 199.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> siehe Bericht Nr. 122 Gegenfinanzierung durch Neuverhandlung des Vertrags nach dem 31.08.2025 im Zuge der Verlängerungsoption			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
						<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Grüne	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	
Ja	Linke														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Grüne														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
123.	57	0608	54053	Veranstaltungen	- Welche Veranstaltungen hat die Landestierschutzbeauftragte durchgeführt? - Welche zusätzlichen Veranstaltungsformate sind geplant?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 324								
124.	57	0608	54053	Veranstaltungen	Zu Nr. 9: Inwieweit ist der Ansatz auskömmlich? Sind andere Bedarfe durch die Tierschutzbeauftragte angemeldet worden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 325								
ÄÄ	57	0608	54053	Veranstaltungen	Ansatz 2024: 90.000 Ansatz 2025: 230.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
CDU / SPD				Die Linke											
<u>Änderungsantrag Nr. 10</u>				<u>Änderungsantrag Nr. 11</u>											
2024: - 10.200 2025: - 10.000				2024: + 2.000 2025: + 2.000											
a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung				a) Begründung zum Änderungsantrag: zur organisatorischen Stärkung des Tierschutzes											
b) Titelerläuterung/(verbindliche															

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen																
<p><i>Erläuterung):</i> Anpassung der Tabelle</p> <p>TA 7 „Vorsitz 2025 der Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK)“ Ansatz 2024 48.900€ Ansatz 2025 148.900€</p> <p>TA 9 „Veranstaltungen der Landestierschutzbeauftragten“ Ansatz 2024 4.800 € Ansatz 2025 5.000€</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU und SPD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Grüne und AfD</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich angenommen</td> </tr> </table>				Ja	CDU und SPD	Nein	Linke	Enthaltung	Grüne und AfD	Ergebnis	mehrheitlich angenommen	<p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Nr. 9: Veranstaltungen der Landestierschutzbeauftragten</p> <p>2024: 14.000 2025: 14.000</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	CDU und SPD																						
Nein	Linke																						
Enthaltung	Grüne und AfD																						
Ergebnis	mehrheitlich angenommen																						
Ja	Grüne und Linke																						
Nein	CDU, SPD und AfD																						
Enthaltung																							
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																						
125.	58	0608	54068	Ausgaben für den Tierschutz	Wodurch begründet sich der verringerte Ansatz für die Kastration von Katzen? Wie viele Mittel wurden im Jahr 2022 und bisher in 2023 abgerufen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 326																
126.	58	0608	54068	Ausgaben für den Tierschutz	Welche Vorsorge ist im Entwurf des Doppelhaushalts für ein ganzheitliches Taubenmanagement für die Stadt getroffen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 327																
127.	58	0608	54068	Ausgaben für den Tierschutz	- Wie wurden die Gelder im Bereich Katzenkastration bisher verwendet, insbesondere inwieweit wurden die Gelder für die Aufklärung der Berliner Bevölkerung genutzt, folglich Kampagnenarbeit, um auf	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 328-329																

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					die Katzenschutzverordnung aufmerksam zu machen? - Warum werden die Gelder für die Kastration gekürzt? - Inwieweit können die Gelder für weitere Katzenschutzthemen verwendet werden? - Wann und wo soll das Taubenschutzmanagement konkret umgesetzt werden? - Ist ein Pilotprojekt vorgesehen oder eine berlinweite Umsetzung geplant? - Wie kann eine langfristige Finanzierung sichergestellt werden?		
128.	58	0608	54068	Ausgaben für den Tierschutz	Zu Nr. 1: Kastration von Katzen: Wie verläuft die Maßnahme seit den letzten beiden Haushalts-Jahren? Bitte die Absenkung des Ansatzes begründen? Inwiefern soll der neue Ansatz auskömmlich sein? Zu Nr. 2: Stadttaubenmanagement: Welche Vorarbeit wurde in 22 und 23 geleistet, was ist in 24 und 25 geplant? Inwieweit ist der Titel auskömmlich, um die Maßnahme umsetzen zu können?	LINKE	Sammelvorlage, S. 330
ÄÄ	58	0608	54068	Ausgaben für den Tierschutz	Ansatz 2024: 230.000 Ansatz 2025: 230.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				Bündnis 90/Die Grünen		Die Linke	
<u>Änderungsantrag Nr. 11</u>				<u>Änderungsantrag Nr. 9</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 12</u>	
2024: + 20.000 2025: + 20.000				2024: + 70.000 2025: + 70.000		2024: + 70.000 2025: + 70.000	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
					<p>a) Begründung zum Änderungsantrag: Verstärkung der Ausgaben zur Kastration von Katzen</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung): Anpassung der Tabelle TA 1 „Kastration von Katzen“ Ansatz 2024 50.000€ Ansatz 2025 50.000€</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, SPD und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Grüne und AfD</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>einstimmig angenommen</td> </tr> </table>	Ja	CDU, SPD und Linke	Nein		Enthaltung	Grüne und AfD	Ergebnis	einstimmig angenommen		
Ja	CDU, SPD und Linke														
Nein															
Enthaltung	Grüne und AfD														
Ergebnis	einstimmig angenommen														
					<p>a) Begründung zum Änderungsantrag: Aufstockung der Mittel für die Katzenkastration auf das Niveau von 2023 da der Bedarf vorhanden ist.</p> <p>Dieser Änderungsantrag wurde zurückgezogen durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und hätte überdies aufgrund des <u>Verbots der Doppelabstimmung</u> wegen Identität mit dem zeitlich zuerst eingereichten Änderungsantrag der Fraktion Die Linke nach den §§ 26 Abs. 9, 68 S. 3 GO Abghs nicht zur Abstimmung gestellt werden können.</p>										
					<p>a) Begründung zum Änderungsantrag: zur Stärkung des Tierschutzes bei Katzen und Stadtauben</p> <p>Nr. 1: Kastration von Katzen: da die Kürzung aus rein haushaltspolitischen Erwägungen begründet worden ist, nicht aus sachlichen Gründen, wird sich am Ist 2020/21 orientiert.</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung): Nr. 1: Kastration von Katzen 2024: 50.000 2025: 50.000</p> <p>Nr. 2: Stadtaubenmanagement (Landestierschutzbeauftragte) 2024: 250.000 2025: 250.000</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU und SPD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU und SPD	Enthaltung	AfD	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne und Linke														
Nein	CDU und SPD														
Enthaltung	AfD														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
129.	58	0608	54079	Verschiedene Ausgaben	Bitte um Erläuterung, inwieweit dies Ausgaben jeweils dem Politikbereich Agrarpolitik oder Ernährung zuzuordnen sind? Warum benötigt ein so minimales Ist 22 einen eigenen Titel im Landeshaushalt von Berlin? Für welche anderen Ausgaben dient der Titel? Bitte um Erläuterung, ob mit den 1.000 €(keine Veranschlagung im Landeshaushalt unter 1.000 €) KEIN haushaltstechnischer Merktitel gemeint ist, über den sich andere Ausgaben abrechnen lassen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 331
130.	58	0608	63107	Ersatz von Ausgaben an den Bund	Nr. 1: Kann die gemeinsame Internetplattform der Länder www.lebensmittelwarnung.de erweitert werden, um zusätzlich Kosmetika und Bedarfsgegenstände (gem. Verwaltungsvereinbarung lt. VSMK Beschluss): aufzunehmen, für die Tierversuche unternommen worden sind?	LINKE	Sammelvorlage, S. 332
131.	60	0608	68123	Ehrungen, Preise	Warum sind die Ansätze geringer als das Ist 2022? Wer ist in den letzten zwei Jahren geehrt worden? Sind für die kommenden Jahre bereits konkrete Ehrungen vorgesehen? Welche inhaltlichen Gründe führten jeweils dazu? Zu 1.: Welche Anstöße erhofft sich der Senat durch die Verleihung für eine Stärkung des 3R Prinzips (Ziel ist es, Tierversuche vollständig zu vermeiden (R eplacement) und die Zahl der Tiere (R eduction) und ihr Leiden (R efinement) in Versuchen auf das unerlässliche Maß zu beschränken) in den Wissenschaftseinrichtungen in Berlin? Zu 2.: Welche Anstöße erhofft sich der Senat durch die Verleihung für eine Stärkung des Prinzips, Lebensmittel zu retten und nicht zu verschwenden, für die Wirtschaft und die öffentlichen und privaten Betriebe in Berlin?	LINKE	Sammelvorlage, S. 333-335
132.	61	0608	68250	Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg	Bitte um einen Bericht, wie die veranschlagten Finanzmittel aktuell verausgabt werden.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 336

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				(LLBB)			
133.	61	0608	68451	Zuschüsse für den Tierschutz	Sind über die angegebenen Ausgaben hinaus auch Zuschüsse für den Wildtierschutz geplant?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 337
134.	61	0608	68451	Zuschüsse für den Tierschutz	Wie wurden die Mittel in den letzten drei Jahren auf Akteure und Initiativen verteilt? In welcher Höhe gab es darüber hinaus Zulagen wegen Corona- und Energiekrise?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 338
135.	61	0608	68451	Zuschüsse für den Tierschutz	Wie sind die Kosten für die Tiersammelstelle auf die Bezirke verteilt und welche Finanzierungsbedarfe gibt es darüber hinaus, um die Unterbringung von Tieren durch die Veterinärämter sicher zu stellen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 339
136.	61	0608	68451	Zuschüsse für den Tierschutz	<ul style="list-style-type: none"> - Wie wurden die Gelder im bisherigen Titel verwendet? - Warum bekommt die Landestierschutzbeauftragte einen vergleichsweise recht kleinen Etat? - Hat die LTB darüber hinaus ein Mitspracherecht bei der Vergabe der 150T€ für weitere Tierschutzprojekte? - Wie sollen die 150T€ für Tierschutzprojekte verwendet werden? Gibt es eine Prioritätenlisten? - Ist sichergestellt, dass die institutionelle Förderung für die Berliner Tiertafel langfristig gesichert ist, um Tierschutz und soziale Teilhabe auch zukünftig zu ermöglichen? - Wofür sind die 50T€ beim Tierheim vorgesehen? Ist perspektivisch eine höhere finanzielle Unterstützung für das Tierheim vorgesehen, da es so wichtige Arbeit für das Land Berlin übernimmt? 	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 340-341
137.	61	0608	68451	Zuschüsse für den Tierschutz	<p>Warum ist der Ansatz gegenüber 23 fast halbiert? Welche Sachgründe liegen hierfür vor?</p> <p>Zu 1.: Welche Zuschüsse haben Projekte von Tierschutzorganisationen und -verbänden in 22 und 23 erhalten (jeweils Ansatz 22 und 23 und Ist</p>	LINKE	Sammelvorlage, S. 342-343

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
					22 und aktuelles Ist 23)? Zu 2.: Welche Zuschüsse hat das Tierheim Berlin in 22 und 23 erhalten (jeweils Ansatz 22 und 23 und Ist 22 und aktuelles Ist 23)? Wie hoch ist der Energiekostenanteil daran? Welche Zuschüsse hat das Tierheim Berlin aus anderen Titeln erhalten (auch SIWA)? Zu 3.: Welche Zuschüsse hat die Berliner Tiertafel in 22 und 23 erhalten (jeweils Ansatz 22 und 23 und Ist 22 und aktuelles Ist 23)? An wen zahlt die Berliner Tiertafel Miete, in welcher Höhe? Wie lange ist die Laufzeit des Mietvertrags? Wie gestaltet sich die Miete in den nächsten Jahren? Wie hoch müsste der Ansatz ausfallen, um die Tiertafel dauerhaft institutionell zu verankern und die Finanzierung nachhaltig auskömmlich zu gestalten? Zu 4.: Welche Zuschüsse haben die Projekte der Landestierschutzbeauftragten in 22 und 23 erhalten (jeweils Ansatz 22 und 23 und Ist 22 und aktuelles Ist 23)?		
138.	61	0608	68451	Zuschüsse für den Tierschutz	Bitte die Ansatzreduzierung für 2024 und 2025 gegenüber dem Ansatz 2023 und dem Ist 2022 erläutern.	AfD	Sammelvorlage, S. 344
ÄÄ	61	0608	68451	Zuschüsse für den Tierschutz	Ansatz 2024: 376.000 Ansatz 2025: 376.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke	AfD	
				<u>Änderungsantrag Nr. 10</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 13</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 6</u>	
				2024: + 300.000 2025: + 300.000	2024: + 210.000 2025: + 210.000	2024: + 251.000 2025: + 251.000	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen															
				<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Aufstockung der Mittel auf das Niveau von 2023, da der Bedarf vorhanden ist. Dabei +100.000 für Tierschutzorganisationen und -verbände +200.000 für Projekte der Landestierschutzbeauftragten</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne, Linke und AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU und SPD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	Grüne, Linke und AfD	Nein	CDU und SPD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Mehr zur Stärkung des Tierschutzes</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i></p> <ol style="list-style-type: none"> Unterstützung von Projekten von Tierschutzorganisationen und –verbänden i. H. v. jährlich 200.000 € Tierheim Berlin i. H. v. jährlich 100.000 € Berliner Tiertafel – institutionelle Förderung i. H. v. jährlich 150.000 € Projekte der Landestierschutzbeauftragten i. H. v. jährlich 86.000 € <p>Neue Nr. 5: Waschbären-Kastrationsprojekt als Maßnahme der Landestierschutzbeauftragten</p> <p>2024: 50.000 2025: 50.000</p>	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Der Ansatz 2023 in Höhe von 627.000 € sollte als Mindestansatz fortgeführt werden. Auch wenn es rechnerische Aufwüchse in anderen Titel im Tierschutz gibt, sind die in 2023 bewilligten Zuwendungen doch höher als es die neuen Ansätze für 2024 und 2025 abbilden. Daher ist eine Erhöhung geboten.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Verbindliche Erläuterung: Die jährlichen Ansätze in den Teilansätzen Nr. 1 bis 4 (150.000 € 50.000 € 110.000 € und 66.000 €) werden gestrichen.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	Grüne, Linke und AfD																					
Nein	CDU und SPD																					
Enthaltung																						
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																					
Ja	AfD																					
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke																					
Enthaltung																						
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																					

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Linke	
						CDU, SPD und AfD	
						Grüne	
						mehrheitlich abgelehnt	
139.	62	0608	68461	Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie	Wie werden in der Ernährungsstrategie aktuell die Bezirke am Stadtrand berücksichtigt?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 345
140.	62	0608	68461	Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie	Bitte um einen Bericht, welche Maßnahmen 2022 und 2023 finanziert wurden (in welchem finanziellen Umfang) und welche Maßnahmen geplant sind (in welchem finanziellen Umfang)? Wie kommt es zu dem verringerten Ansatz?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 346-348
141.	62	0608	68461	Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie	<ol style="list-style-type: none"> 1. Welche konkreten Maßnahmen sind in 2024/ 2025 in welcher Höhe geplant? 2. Mit welchen Projekten wird die Ernährungsstrategie weiterentwickelt? Bitte nennen Sie die Projekte sowie den Umsetzungsstand (wie z.B. Ernährungscoaches in den Bezirken, Akademie der Ernährungsstrategie, Ernährungsforum „Plantary Health“, LebensMittelPunkte etc.). 3. Welche weiteren Maßnahmen sind im Aufbau und der Weiterentwicklung von regionalen Wertschöpfungsketten und der Ernährungswirtschaft geplant? 4. Bitte stellen Sie den konzeptionellen Umsetzungsstand des Ernährungscampus dar (Machbarkeitsstudie sowie Umsetzungskonzept). 5. Ist eine Studie zur Ernährungsarmut geplant, wenn ja, wann soll sie in Auftrag geben werden. Falls nein, warum werden keine Mittel bereitgestellt? 	LINKE	Sammelvorlage, S. 349-352

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
142.	62	0608	68461	Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie	Welche Projekte/Projektträger werden mit den Ansätzen 2024 und 2025 in welcher Höhe gefördert? Wie viele und welche Kantinen beteiligen sich am Projekt „Kantine der Zukunft“ bzw. setzen dieses weiter um?	AfD	Sammelvorlage, S. 353-356
ÄÄ	62	0608	68461	Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie	Ansatz 2024: 2.206.000 Ansatz 2025: 2.227.000 VE 2024: 177.000 VE 2025: kein Ansatz		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen			AfD
				<u>Änderungsantrag Nr. 11</u>			<u>Änderungsantrag Nr. 7</u>
				2024: +/- 0 2025: + 308.000			2024: - 500.000 2025: - 500.000
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Die Ernährungsstrategie ist im Hinblick auf dem Kampf gegen die Klimakrise ein wichtiger Baustein, der Ansatz der 2023 hierfür vorgesehen war (2.535.000 Euro), sollte daher beibehalten werden.			VE 2024 177.000 VE 2025 kein Ansatz
							a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Dient der Gegenfinanzierung.

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
				Ja	Grüne und Linke	Ja	AfD
				Nein	CDU, SPD und AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
				Enthaltung		Enthaltung	
				Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
143.	63	0608	68469	Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V.	Welche und wie hoch sind die Kosten des neuen Standortes in Lichtenberg insgesamt – bitte führen Sie TA 1 detailliert nach den einzelnen Standorten auf. Bitte führen Sie die Teilansätze bezüglich der mobilen Verbraucher*innenberatung, Projekte und der Energieschuldner*innenberatung mit kurzen Erläuterungen auf.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 357
144.	63	0608	68469	Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V.	<ol style="list-style-type: none"> Bitte stellen Sie die finanziellen Mittel- sowie die jeweilige Personalausstattung zwischen dem ersten und dem zweiten Standort der Verbraucherzentrale dar. Stellen Sie die geplanten Maßnahmen dar, um den zweiten Standort der Verbraucherzentrale sowie das dortige Angebot bekannt zu machen? Bitte erstellen Sie eine Liste des momentan bestehenden Angebotes der Verbraucherberatung in Berlin. Welche Beratungsangebote kommen ab 2024 neu hinzu? 	LINKE	Sammelvorlage, S. 358-359
145.	63	0608	68469	Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V.	<p>Zu 1. Institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Berlin e.V.: Wie verteilen sich die Kosten auf die genannten Bereiche (Institutionelle Förderung, Förderung des neuen Standortes, die mobile Verbraucherberatung und die Energieschuldenberatung) auf die Ansätze für 2024 und 2025 in Höhe von 2.067.000 € und 2.467.000 €?</p> <p>Wie möchte man die wohnortnahe Verbraucherberatung im Allgemeinen in Berlin sicherstellen? Wie möchte man den Bedarf an Verbraucherberatungen durch stationäre und mobile Beratungsangebote konkret stärken?</p>	AfD	Sammelvorlage, S. 360-361

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					Wie ist der Planungsstand der mobilen Verbraucherberatung? Wie soll das konkrete Beratungsangebot aussehen und in welchen Bezirken oder an welchen Standorten ist eine mobile Verbraucherberatung geplant?		
ÄA	63	0608	68469	Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V.	Ansatz 2024: 2.368.000 Ansatz 2025: 2.768.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
AfD							
<u>Änderungsantrag Nr. 8</u>							
2024: + 500.000 2025: + 500.000							
<p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Dient dem Aus- und Aufbau einer wohnortnahen mobilen Verbraucherberatung.</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterung:</i> Ausbau einer wohnortnahen mobilen Verbraucherberatung, um eine flächendeckende Beratung der Verbraucher sicherzustellen. Ansatz 2024 und 2025 je 500.000 €</p>							

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Enthaltung	
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
146.	64	0608	68475	Förderung der Verbraucheraufklärung	Welche konkreten Projekte fallen unter die Förderung der Verbraucheraufklärung?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 362-364
147.	64	0608	68475	Förderung der Verbraucheraufklärung	Warum ist eine derartig große Kürzung der Förderung der Verbraucher*-innenaufklärung geplant, obwohl mit dem zweiten Standort die Beratungen erweitert werden sollten? Bitte führen Sie die genauen Projekte unter den drei TA der Förderung mit den jeweiligen Ansätzen auf.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 365
148.	64	0608	68475	Förderung der Verbraucheraufklärung	Für welche Projekte sollen die Finanzmittel verausgabt werden? Wie wird sichergestellt, dass die Projekte, die im Bereich der Verbraucheraufklärung für Migrantinnen und Migranten tätig sind, auch weiterhin in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 gefördert werden?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 366
149.	64	0608	68475	Förderung der Verbraucheraufklärung	Welche Maßnahmen wurden in 22/23 in welcher Höhe finanziert und welche Maßnahmen sind in welcher Höhe in 24/25 geplant?	LINKE	Sammelvorlage, S. 367-368
150.	64	0608	68475	Förderung der Verbraucheraufklärung	Bitte die Kostenverteilung auf die Bereiche: Energieberatung, Digitales und Geflüchtete aufschlüsseln. Welche konkreten Projekte sind in den drei o.g. Bereichen geplant? Wer sind die Projektträger und in welcher Höhe sollen sie Zuwendungen erhalten?	AfD	Sammelvorlage, S. 369
ÄÄ	64	0608	68475	Förderung der Verbraucheraufklärung	Ansatz 2024: 850.000 Ansatz 2025: 750.000		

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
Änderungsanträge der Fraktionen															
				<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p style="text-align: center;"><u>Änderungsantrag Nr. 12</u></p> <p style="text-align: center;">2024: + 200.000 2025: + 300.000</p> <p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Rücknahme der Kürzungen im Bereich Energieberatung, Digitales und bei den Projekten für Geflüchtete. Erstellung eines Beratungsnetzwerks an Schulen für die Beratung zum Thema Finanzbildung</p> <p><i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> 4. (neu) Beratungsnetzwerk Schule: Finanzbildung</p>											
				<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne und Linke														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
151.	64 (50)	0608	68594 (neu) i.V.m. 23294 (neu)	Sonstige Ausgaben für konsumptive Zwecke aus zweckgebundenen Einnahmen der Länder	Beide Titel sind neu – um welche Förderung handelt es sich genau hierbei und für welche Bereiche ist diese Förderung vorgesehen? Nach welchen Kriterien und Verfahren werden die Mittel verteilt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 370
152.	65	0608	68304 MG 02	Förderung der Tierzucht	Zu Nr. 4: Wie hat sich die Bestäubungsleistung von Bienen seit Beginn der Strategie entwickelt? Ist eine Umwandlung des Projekts auf Wildbienen und andere bestäubende Insekten geplant?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 371
153.	65	0608	68304 MG 02	Förderung der Tierzucht	- Maßnahme Nr. 4 a): Wieso wird diese Maßnahme reduziert? - Maßnahme Nr. 5: Welche Projekte sollen gefördert werden?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 372
154.	65	0608	68304 MG 02	Förderung der Tierzucht	Aus welchen Gründen fördert das Land Berlin die Tierzucht? Oder ist dies nur die Bezeichnung für einen Titel, unter den Maßnahmen der Tierzucht im weiteren Sinne (allgemeine Maßnahmen zur Verbesserung und Erhaltung der genetischen Eigenschaften von Nutztieren) fallen, die nicht als Tierzucht im engeren Sinne (Tiere mit gewünschten Eigenschaften – die einem vorher formulierten Zuchtziel entsprechen – miteinander zu verpaaren) verstanden werden, z.B. Förderung der Bienenpopulationen? Zu Nr. 4: Finanzierung von Projekten zur Umsetzung der „Strategie für Bienen und andere Bestäuber in Berlin“ für: a) Die Stabilisierung der Bienenbestände und deren Gesunderhaltung. b) Warum deutliche Absenkung der Einzelmaßnahme? Dient dies einzig zur Gegenfinanzierung von 5. Projekte zur Förderung der Schafs- und Ziegenzucht in Berlin? Zu Nr. 5.: Wo und durch wen soll in Berlin eine Schafs- und Ziegenzucht	LINKE	Sammelvorlage, S. 373

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					betrieben werden? Um welche Projekte handelt es sich? Auch die textliche Erläuterung „Zu 5. neue Projekte im Bereich der Schaf- und Ziegenzucht“ liefert keine Erklärung.		
ÄA	65	0608	68304 MG 02	Förderung der Tierzucht	Ansatz 2024: 474.000 Ansatz 2025: 473.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke		
				<u>Änderungsantrag Nr. 13</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 14</u>		
				2024: + 39.000 2025: + 40.000	2024: - 40.000 2025: +/- 0		
				<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Der Ansatz wurde deutlich gekürzt (2023 Ansatz lag bei 60.000 Euro). Die Bemühungen zur Stabilisierung und Gesunderhaltung von Bienen sind weiterhin ein wichtiges Anliegen, daher sollte der Ansatz von 2023 beibehalten werden.	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung Weniger für Nr. 5: Projekte zur Förderung der Schafs- und Ziegenzucht in Berlin		
				<i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Änderung der Tabelle: Nr. 4 Finanzierung von Projekten zur Umsetzung der	siehe Bericht Nr. 154 noch kein Bedarf in 2024 2024: - 2025: 40.000		

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
				„Strategie für Bienen und andere Bestäuber in Berlin“ a) Die Stabilisierung der Bienenbestände und deren Gesunderhaltung Ansatz 2024: 60.000 Ansatz 2025: 60.000 Die, den Änderungsantrag stellende, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zieht diesen Änderungsantrag zurück.	<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und Grüne</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	Linke	Nein	CDU, SPD und Grüne	Enthaltung	AfD	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Linke														
Nein	CDU, SPD und Grüne														
Enthaltung	AfD														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
155.	69	0608	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Weshalb beträgt der Ansatz in 2024 899.000 €und nicht 900.000€? Warum sind die Ansätze deutlich höher als das Ist 22? Zu Nr. 10.: Betriebskosten Onlinedienst Weinbau Was ist darunter zu verstehen? Handelt es sich um einen Dienst für den in Berlin stattfindenden Weinanbau oder um eine EU-Regulierung über Rebpflanzrechte? Ist die Dienstleistung dem Politikbereich Ernährung oder Landwirtschaft zuzuordnen? Zu Nr. 15. Betrieb und programmtechnische Weiterentwicklung Hunderegister: bisherige Erfahrung des Hunderegisters allgemein: Anzahl eingegangener Registrierungen. Welche Leistung hat der Dienstleister erbracht? Wie läuft der Betrieb des Hunderegisters technisch? Was wird programmtechnisch für welche Zwecke weiterentwickelt?	LINKE	Sammelvorlage, S. 374-375								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
ÄÄ	69	0608	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Ansatz 2024: 899.000 Ansatz 2025: 900.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Die Linke			
				<u>Änderungsantrag Nr. 15</u>			
				2024: - 249.000 2025: - 100.000			
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung Weniger für			
				Nr. 10: Betriebskosten Onlinedienst Weinbau: Weniger, da kein Weinbaubetrieb in Berlin und untergeordnete Rolle des Weinanbaus in Berlin			
				Nr. 15.: Betrieb und programmtechnische Weiterentwicklung Hunderegister: Zunächst ist das Hunderegister für alle Hunde zu etablieren (derzeit nicht einmal die Hälfte der Hunde erfasst). Blicke es dabei, würde das Register nicht seinen Zweck erfüllen. Zunächst entfällt Nr. 15			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
					für 2024. <i>c) Anbringung Haushaltsvermerke*:</i> Die Mittel für Nr. 15 in 2025 werden vom Hauptausschuss nach Vorlage des Konzeptes zur programmtechnischen Weiterentwicklung Hunderegister entsperrt. (Haushaltsvermerk)										
					<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD, Grüne und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	Linke	Nein	CDU, SPD, Grüne und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Linke														
Nein	CDU, SPD, Grüne und AfD														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
156.	76	0608	79104 (Kostenträger)	Internationale Grüne Woche (IGW)	Ist das „Global Forum for Food and Agriculture“ entsprechend ausfinanziert?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 376								
Kapitel 0609 - Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Personalüberhang –															
157.	80	0609	alle	Personalüberhang	Wie viele und welche Personen sind aktuell im Personalüberhang und scheiden diese aufgrund des Erreichens der Regelaltersgrenze aus dem Dienst aus?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 377								
Kapitel 0611 - Generalstaatsanwaltschaft															

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
158.	82	0611	42201 u. 42801	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bei der Staatsanwaltschaft sind Ausgaben für Beamte mit leichter Erhöhung versehen, bei den Tarifbeschäftigten aber mit leichter Absenkung. Wie ist das zu begründen?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 378
159.	82	0611	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 379
160.	82	0611	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 380
ÄÄ	82	0611	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 3.298.000 Ansatz 2025: 3.430.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD <u>Änderungsantrag Nr. 9</u> 2024: + 50.000 2025: + 50.000	
a) Begründung zum Änderungsantrag:							

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
							<p>Begründung zum Änderungsantrag: Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Verbindliche Erläuterung: Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
161.	82	0611	51101	Geschäftsbedarf	Zu 7. Die Anschaffung welcher pandemiebedingter Verbrauchsmittel sind für die kommenden Haushaltsjahre geplant?	CDU/SPD	Sammelvorgabe, S. 381								
ÄÄ	82	0611	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2024: 152.000 Ansatz 2025: 152.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
				<p>Bündnis 90/Die Grünen</p> <p><u>Änderungsantrag Nr. 14</u></p> <p>2024: - 10.000 2025: - 10.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Linke														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
162.	84	0611	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um Darstellung des Ansatzes gegenüber dem IST aus 2022.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 382-383								
ÄÄ	84	0611	52703	Dienstreisen	Ansatz 2024: 18.000 Ansatz 2025: 18.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				<p>Bündnis 90/Die Grünen</p> <p><u>Änderungsantrag Nr. 15</u></p>											

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
				<p>2024: - 5.000 2025: - 5.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU und SPD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke und AfD</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU und SPD	Enthaltung	Linke und AfD	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne														
Nein	CDU und SPD														
Enthaltung	Linke und AfD														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
163.	87	0611	81260 MG 31	KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft	Wie viele Drucker sollen voraussichtlich mit den Mitteln ersetzt werden?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 384								
164.	88	0611	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrens-unabhängige IKT	Bitte um detaillierte Begründung der Ansätze für 24 und 25 sowie Gegenüberstellung des Jahresabschluss-IST aus 2020, 2021 und 2022 mit den jeweiligen Ansätzen. Zur begrüßenswerten ORBIS-Datenbank bitte um Beantwortung folgender Frage: Laut RN 0383 D wird hinsichtlich der Beschaffung von ORBIS ausgeführt: „Um die Datenbank gemeinsam nutzen zu können und so auch die Anschaffungskosten für die einzelnen Behörden (LKA/SenWiEnBe/Staatsanwaltschaft (StA) zu reduzieren, wurde eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen und die interne Verrechnung geregelt. Der Vergabestelle der Polizei gelang es mit Hinweis auf eine geplante längerfristige Nutzung einen Nutzungspreis auszuhandeln, der ein anteiliges jährliches Nutzungsentgelt der SenWiEnBe von 83.002,50 € vorsieht. Der Vertrag über ein Gesamtvolumen von 249.007,50 € wurde am 29.06.2023 von der Polizei Berlin geschlossen.	LINKE	Sammelvorlage, S. 385-391								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					<p>Der Vertrag ist erst einmal auf ein Jahr vereinbart worden. Mit dem Beginn der Nutzung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und SenWiEnBe (Geldwäscheaufsicht) ist noch im Laufe des Monats August 2023 zu rechnen. Die entsprechenden Mittel sind daher im Teil-Ist 2023 noch nicht enthalten“.</p> <p>Vor diesem Hintergrund bitte um Darstellung der Veranschlagung und der Kostenteilung zwischen den Senatsverwaltungen. Wieso liegt die Veranschlagung hier oberhalb des Nutzungsentgelts von SenWiEnBe? Bitte um Übermittlung der genannten Verwaltungsvereinbarung.</p>		
ÄÄ	88	0611	81240 MG 32	KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft	Ansatz 2024: 2.000.000 Ansatz 2025: 2.905.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
					Die Linke <u>Änderungsantrag Nr. 16</u> 2024: - 500.000 2025: - 500.000 <i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung. Der Titel wurde in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft und das aktuelle Ist spricht nicht dafür, dass er in der veranschlagten Höhe ausgeschöpft werden wird.		

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
						<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Grüne	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	Linke														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Grüne														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
Kapitel 0612 - Staatsanwaltschaft															
165.	94	0612	11903	Schadensersatzleistungen, Vertragsstrafen	Bitte um Begründung für das hohe IST 2022.	LINKE	Sammelvorlage, S. 392								
166.	94	0612	11923	Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten	Wir bitten darzustellen, wie die Ansätze begründet sind, insbesondere ob bereits Verfahren anhängig sind die einen Abschluss im Planungszeitraum erwarten lassen. Bitte Gegenüberstellung des Jahresabschluss-IST aus 2020, 2021 und 2022 sowie des IST September 2023 mit den jeweiligen Ansätzen. Aus welchen Gründen rechnet der Senat mit kassenwirksamen Einnahmen von 15,3 Mio. Euro in 2025?	LINKE	Sammelvorlage, S. 393								
167.	94	0612	11923	Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten	Der Ansatz 2025 ist eine Steigerung von ca. 142,9 Prozent gegenüber dem Ist-Ansatz 2022. Bitte erläutern und die erwarteten Mehreinnahmen anhand von konkreten Zahlen (Einnahmeentwicklung) darlegen.	AfD	Sammelvorlage, S. 394								
168.	94	0612	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Womit ist der Ansatz für beide Planjahre im Vergleich zum IST 2022 zu begründen? Bitte um einen Bericht, wann welche der derzeit offenen Stellen nachbesetzt werden.	LINKE	Sammelvorlage, S. 395-396								
169.	94	0612	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 397								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
ÄÄ	94	0612	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Ansatz 2024: 46.054.000 Ansatz 2025: 48.742.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Die Linke			
				<u>Änderungsantrag Nr. 17</u>			
				2024: + 682.160 2025: + 702.640			
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Stellenzuwachs zur Bekämpfung von Geldwäscheverfahren			
				c) <i>Haushaltsvermerke:</i> Änderungen im Stellenplan: 2024 und 2025 jeweils:			
				+ 2 Stellen R2 + 4 Stellen R1 + 2 Stellen A9S			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
						<i>b) Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle. <table border="1" data-bbox="1644 571 2141 778"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
ÄÄ	97	0612	52703	Dienstreisen	Ansatz 2024: 25.000 Ansatz 2025: 25.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nr. 16</u> 2024: - 10.000 2025: - 10.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung											

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				Ja	Grüne		
				Nein	CDU, SPD und AfD		
				Enthaltung	Linke		
				Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
171.	97	0612	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Wie setzen sich die Ansätze zusammen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 399
Kapitel 0613 - Anwaltschaft							
172.	106	0613	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Womit ist der Ansatz für beide Planjahre im Vergleich zum IST 2022 zu begründen? Bitte um einen Bericht wann welche der derzeit offenen Stellen nachbesetzt werden.	LINKE	Sammelvorlage, S. 400-401
173.	106	0613	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 402
ÄÄ	106	0613	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Ansatz 2024: 9.082.000 Ansatz 2025: 9.798.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Die Linke			
				<u>Änderungsantrag Nr. 18</u>			
				2024: + 115.310			
				2025: + 118.770			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Eine*n zusätzliche*n Amtsamwält*in und eine*n Sachbearbeiter*in für die Verstärkung der Verfolgung von Rasern.</p> <p>c) Anbringung <i>Haushaltsvermerke:</i> Änderungen im Stellenplan: 2024 und 2025 jeweils:</p> <p>+ 1 Stelle A12, + 1 Stelle A7</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%;">Ja</td> <td>Gründe und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>								Ja	Gründe und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	Gründe und Linke														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
174.	106	0613	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Womit ist der Ansatz für beide Planjahre im Vergleich zum IST 2022 zu begründen? Bitte um einen Bericht wann welche der derzeit offenen Stellen nachbesetzt werden.	LINKE	Sammelvorlage, S. 403								
175.	106	0613	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 404								
ÄÄ	106	0613	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 2.958.000 Ansatz 2025: 3.076.000										

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	<p style="text-align: center;"><u>Änderungsantrag Nr. 11</u></p> <p style="text-align: center;">2024: + 50.000 2025: + 50.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p>

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Enthaltung	
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
176.	110	0613	51136 MG 32	Geschäftsbedarf für die verfahrens-unabhängige IKT	Wie erklärt sich der enorme Zuwachs im Zuge der Beschaffung von Tintenpatronen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 405
177.	110	0613	51136 MG 32	Geschäftsbedarf für die verfahrens-unabhängige IKT	Bitte um detaillierte Begründung der Ansätze für 24 und 25 sowie Gegenüberstellung des Jahresabschluss-IST aus 2020, 2021 und 2022 sowie des IST September 2023 mit den jeweiligen Ansätzen.	LINKE	Sammelvorlage, S. 406
Kapitel 0614 - Europäische Staatsanwaltschaft							
178.	112	0614	über-greifend		Bitte um Darstellung des aktuellen Sachstands zum Fallaufkommen der EUSTa einschließlich der Angabe höchstwertiger Erledigungen und Einstellungen.	LINKE	Sammelvorlage, S. 407
179.	112	0614	23211	Ersatz von Ausgaben durch die Länder	Bitte um Übermittlung der Verwaltungsvereinbarung	LINKE	Sammelvorlage, S. 408-413
180.	112	0614	42201	Bezüge der plan-mäßigen Beamtinnen und Beamten	Wie erklärt sich der deutlich niedrigere Ansatz?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 414
181.	112	0614	42201 u. 42801	Bezüge der plan-mäßigen Beamtinnen und Beamten Entgelte der	Bitte um genaue Darstellung und Begründung der Absenkung des Ansatzes gegenüber dem Ansatz 2023 und dem IST 2022.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 415

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				planmäßigen Tarifbeschäftigten			
182.	112	0614	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 416
183.	112	0614	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Wie erklärt sich der deutlich niedrigere Ansatz?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 417
184.	112	0614	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 418
185.	112	0614	51101	Geschäftsbedarf	Bitte um detaillierte Begründung der Ansätze für 24 und 25 sowie Gegenüberstellung des Jahresabschluss-IST aus 2022 sowie September-IST 2023	LINKE	Sammelvorlage, S. 419
Kapitel 0615 – Kammergericht							
186.	116	0615	23101	Ersatz von Ausgaben durch den Bund	a) Womit ist der Ansatz im Vergleich zum IST zu begründen? b) Ist ein weiterer Rückgang des IST zu erwarten?	LINKE	Sammelvorlage, S. 420
187.	116	0615	23211	Ersatz von Ausgaben durch die Länder	a) Womit ist der Ansatz im Vergleich zum IST zu begründen? b) Ist ein weiterer Rückgang des IST zu erwarten?	LINKE	Sammelvorlage, S. 421
188.	117	0615	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2022 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2024 und 2025 verändern werden. Bitte um Darstellung aller derzeit offenen Stellen und Angabe, wann jeweils mit der Nachbesetzung zu rechnen ist.	LINKE	Sammelvorlage, S. 422

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
189.	117	0615	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 423
190.	117	0615	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Bitte um Darstellung aller derzeit offenen Stellen und Angabe, wann jeweils mit der Nachbesetzung zu rechnen ist. Bitte um Darstellung des Zeitplans und des Verfahrens zur Nachfolge des Präsidenten des KG.	LINKE	Sammelvorlage, S. 424
191.	117	0615	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 425
192.	117	0615	42221	Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter	Bitte um detaillierte Begründung der Ansatzerhöhung für beide Planjahre ggü. dem IST 2022. Bitte um Begründung, warum entgegen der Festlegung im Koalitionsvertrag die Plätze Referendare nicht erhöht werden. Wie lang sind derzeit die Wartezeiten vom Antrag bis zur Einstellung der Gerichtsreferendare? Kommt es zur Verkürzung der Wartezeit in Betracht oder ist es möglicherweise geboten, die Zahl der zur Verfügung stehenden Positionen zu erhöhen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 426-427
ÄA	117	0615	42221	Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter	Ansatz 2024: 42.125.000 Ansatz 2025: 45.761.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
					Die Linke		
					<u>Änderungsantrag Nr. 19</u>		
					2024: + 212.000 2025: + 424.000		

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen									
					<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Die Kapazitäten zur Referendarausbildung müssen mit dem Bedarf wachsen.</p> <p>c) <i>Anbringung Haushaltsvermerke:</i> Änderungen im Stellenplan: 2024</p> <p>+ 10 Stellen UNTBEIH</p> <p>2025</p> <p>+ 20 Stellen UNTBEIH</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	Grüne und Linke															
Nein	CDU, SPD und AfD															
Enthaltung																
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt															
193.	117	0615	42701	Aufwendung für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	Bitte den Ansatz nach den unterschiedlichen Ausgaben aufteilen.	LINKE	Sammelvorgabe, S. 428									
194.	117	0615	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Darstellung aller derzeit offenen Stellen und Angabe, wann jeweils mit der Nachbesetzung zu rechnen ist. Bitte um besonderen Bericht zur Situation, Dauer und Besetzung der offenen ITOG-Stellen. Welche Arbeiten werden aktuell aufgrund der offenen ITOG-Stellen	LINKE	Sammelvorgabe, S. 429-430									

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					nicht oder nur verzögert bearbeitet.		
195.	117	0615	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 431
ÄÄ	117	0615	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 10.196.000 Ansatz 2025: 10.603.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 12</u>	
						2024: + 50.000 2025: + 50.000	
						a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.	
						b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Verbindliche Erläuterung: Schaffung	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.	
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Enthaltung	
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
196.	117	0615	42821	Ausbildungs-entgelte (Tarifbeschäftigte)	Bitte um Darstellung, weshalb der Titel entfällt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 432
197.	117	0615	42821	Ausbildungs-entgelte (Tarifbeschäftigte)	Wo werden diese Kosten künftig nachgewiesen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 433
198.	118	0615	51101	Geschäftsbedarf	Zu 5. Die Anschaffung welcher pandemiebedingter Verbrauchsmittel sind für die kommenden Haushaltsjahre geplant?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 434
199.	118	0615	51101	Geschäftsbedarf	Wofür sind die insgesamt 20.000 Euro für pandemiebedingte Schutzausrüstung in den Jahren 2024/25 genau veranschlagt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 435
ÄÄ	118	0615	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2024: 750.000 Ansatz 2025: 750.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
				Änderungsantrag Nr. 17 2024: - 25.000 2025:- 25.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung											
				<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne und Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne und Linke														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
200.	118	0615	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	- Wodurch kommt der hohe Anstieg von Ausgaben für technische Geräte im Jahr 2025 zustande? - Bitte um Darstellung, wie die Mittel zur Einrichtung der Justizakademie im Jahr 2024 verausgabt werden?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 436								
201.	119	0615	51408	Dienst- und Schutzkleidung	Bitte Ansatzerhöhung gegenüber dem Ist 2022 erläutern. Wie schlüsseln sich die Kosten auf?	AfD	Sammelvorlage, S. 437								
202.	119	0615	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Warum ist der Ansatz mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 2023?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 438								
203.	119	0615	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Bitte um Erläuterung, warum die veranschlagten Ausgaben für Ausbildungsmieten mehr als verdoppelt werden, obwohl sie bisher nicht mal hälftig ausgenutzt wurden?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 439								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
204.	120	0615	52501	Aus- und Fortbildung	Warum ist der Fortbildungsbedarf Diversity in 2023 ohne Ansatz und 2024 und 2025 mit jeweils 30.000 Euro hinterlegt? Was ist Inhalt des Ansatzes?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 440								
205.	120	0615	52501	Aus- und Fortbildung	Fortbildungsbedarfe Diversity: Bitte Maßnahme, Umfang und Inhalte erläutern.	AfD	Sammelvorlage, S. 441								
ÄÄ	121	0615	52703	Dienstreisen	Ansatz 2024: 52.000 Ansatz 2025: 52.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				Bündnis 90/Die Grünen											
				<u>Änderungsantrag Nr. 18</u>											
				2024: - 30.000 2025: - 30.000											
				a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung											
				<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 30%;">Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Linke														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
206.	122	0615	53111	Ausschreibungen, Bekannt-	Warum sind die Ansätze für 2024/2025 knapp doppelt so hoch wie im Jahr 2023?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 442								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				machungen			
207.	122	0615	53111	Ausschreibungen, Bekanntmachungen	Bitte um Erläuterung, wie der deutliche Mehransatz für Veröffentlichungen ausgegeben werden soll, insbesondere wie die geplante diversitätsorientierte Akquise aussieht.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 443
ÄA	122	0615	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2024: 325.000 € Ansatz 2025: 225.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD							
<u>Änderungsantrag Nr. 12</u>							
2024: + 20.000 2025: + 20.000							
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Stärkung der Gerichtsvollzieherausbildung; Kooperation mit der Hochschule für Recht und Wirtschaft							
b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Anpassung der Tabelle: Schaffung eines neuen Teilansatzes							

Lfd.N r.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
<p>TA „Stärkung der Gerichtsvollzieherausbildung; Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht“ Ansatz 2024: 20.000€ Ansatz 2025: 20.000€</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%;">Ja</td> <td>CDU, SPD, Linke und AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>einstimmig angenommen</td> </tr> </table>								Ja	CDU, SPD, Linke und AfD	Nein		Enthaltung	Grüne	Ergebnis	einstimmig angenommen
Ja	CDU, SPD, Linke und AfD														
Nein															
Enthaltung	Grüne														
Ergebnis	einstimmig angenommen														
208.	125	0615	51160 MG 31	Dienstleistungen für die verfahrens-unabhängige IKT	Bitte um maßnahmengenaue Aufschlüsselung des Ansatzes bzw. der Mittelverwendung.	LINKE	Sammelvorlage, S. 444								
209.	125	0615	81276 MG 31	Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)	<ul style="list-style-type: none"> - Wie verhält sich die Zahl von insgesamt 300 anzuschaffenden Notebooks in den Jahren 2024 und 2025 für das E-Examen der Referendar*innen zu der Anzahl der Prüfungsteilnahmen pro Jahr? - Warum sind für die Jahre 2024/25 für dieselbe Anzahl an Notebooks unterschiedliche Beträge veranschlagt? 	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 445								
ÄÄ	125	0615	81276 MG 31	Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)	Ansatz 2024: 1.216.000 Ansatz 2025: 600.000										

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
Änderungsanträge der Fraktionen															
				Die Linke											
				<u>Änderungsantrag Nr. 20</u>											
				2024: - 300.000											
				2025: +/- 0											
				<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung. Der Titel wurde in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft und das aktuelle Ist spricht nicht dafür, dass er in der veranschlagten Höhe ausgeschöpft werden wird.</p>											
				<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="text-align: center;">Ja</td> <td style="text-align: center;">Linke</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Nein</td> <td style="text-align: center;">CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Enthaltung</td> <td style="text-align: center;">Grüne</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Ergebnis</td> <td style="text-align: center;">mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Linke	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Grüne	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Linke														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Grüne														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
210.	127	0615	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	<ul style="list-style-type: none"> - Bitte um Erläuterung der Teilansätze zu AuLAK, insbesondere den Wegfall der Ansätze im Jahr 2025 - Bitte um Erläuterung der Teilansätze zu AJUKA. Womit begründet sich die Absenkung der Teilansätze? - Bitte um Erläuterung der Teilansätze zu Forum Star. 	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 446-447								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
211.	127	0615	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	<p>a) Bitte im Einzelnen darstellen, welche Fachverfahren auslaufen bzw. durch welche neuen ersetzt werden.</p> <p>b) Bitte um Darstellung des aktuellen Sachstandes sowie Zeit- und Kostenplans für das in Entwicklung befindliche Gemeinsame Fachverfahren (Gefa). Hier bitte auch Darstellung hinsichtlich des aktuellen Standes und/oder Überlegungen KI in welcher Form und welchem Umfang in das Gefa zu implementieren.</p> <p>c) Bitte um Darstellung des aktuellen Zeit- und Kostenplans zur Ersetzung von AULAK durch forumStar.</p>	LINKE	Sammelvorlage, S. 448-450
212.	129	0615	51186 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT (Rechenzentrum der Justiz)	Wie ist der Sachstand beim Rechenzentrum Justiz? Welche Meilensteine sollen in 2024 und 2025 erreicht werden?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 451-452
213.	129	0615	51186 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT (Rechenzentrum der Justiz)	<ul style="list-style-type: none"> - Womit begründet sich der Rückgang der Ansätze 2024 und 2025 im Vergleich zu 2023 und dem IST aus 2022? Bitte um Erläuterung der Ansätze für die Jahre 2024 und 2025. Wie stellt sich die Migration des Rechenzentrum Justiz (ITDZ) detailliert fachlich dar? - In welchen weiteren Titeln sind Mittel für das Rechenzentrum der Justiz ausgewiesen? 	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 453-454
214.	129	0615	51186 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT (Rechenzentrum der Justiz)	Bitte um Darstellung des aktuellen Zeit- und Kostenplans zum (Aus-)Bau des IT-Rechenzentrums für die Justiz.	LINKE	Sammelvorlage, S. 455-456
215.	130	0615	81254 MG 32	Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit	Bitte um Darstellung des aktuellen Sachstandes sowie standortscharfem Zeit- und Kostenplan der Erneuerung der Digitalen Netze in der ordentlichen Gerichtsbarkeit für den Einsatz der elektronischen Akte einschließlich der Nennung des IST 2022 sowie des September IST 2023.	LINKE	Sammelvorlage, S. 457-458

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				(Masterplan IMOG)			
ÄÄ	130	0615	81254 MG 32	Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)	Ansatz 2024: 4.150.000 Ansatz 2025: 5.067.000 VE 2024: 5.067.000 VE 2025: 6.219.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Die Linke			
				<u>Änderungsantrag Nr. 21</u>			
				2024: - 500.000 2025: - 800.000			
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung. Der Titel wurde in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft und das aktuelle Ist spricht nicht dafür, dass er in der veranschlagten Höhe ausgeschöpft werden wird.			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Linke	
						CDU, SPD und AfD	
						Grüne	
						mehrheitlich abgelehnt	
Kapitel 0616 - Landgericht I - Strafsachen -							
216.	139ff	0616			Wir bitten um eine Aufstellung der Personen (anonymisiert) und der dazugehörigen Stellen im Hinblick auf die Teilung des Landgerichts und ggf. anfallende Mehr-/Minderkosten	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 459-462
217.	137 ff.	0616, 0617	über-greifend	Teilung Landgericht	Bitte alle Titel tabellarisch gegenüberstellen, damit die Teilung des Landgerichts haushalterisch nachvollzogen werden kann.	LINKE	Sammelvorlage, S. 463-465
218.	137	0616	über-greifend		Bitte um Erläuterung, inwieweit welche Personal- und Sachmittel für beide Planjahre vorgesehen sind für das zu erwartende Aufkommen an Bedarfen im Kontext der Encro-Chat- und SkyECC-Verfahren? Werden weitere Verfahren auf Grundlage der Auswertung größerer Kommunikationsdatenmengen (weitere Krypto-Messenger) erwartet?	LINKE	Sammelvorlage, S. 466
219.	138	0616	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 467
220.	138	0616	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 468
221.	138	0616	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 469

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
ÄÄ	138	0616	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 3.535.000 Ansatz 2025: 3.677.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	<p style="text-align: center;"><u>Änderungsantrag Nr. 13</u></p> <p style="text-align: center;">2024: + 50.000 2025: + 50.000</p> <p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.</p> <p><i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p>

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
						<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
ÄÄ	139	0616	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2024: 102.000 Ansatz 2025: 102.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nr. 19</u> 2024: - 10.000 2025: - 10.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung											
				<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Linke														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
ÄÄ	139	0616	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2024: 860.000 Ansatz 2025: 878.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p style="text-align: center;"><u>Änderungsantrag Nr. 20</u></p> <p style="text-align: center;">2024: - 50.000 2025: - 110.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="text-align: center;">Ja</td> <td style="text-align: center;">Grüne</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Nein</td> <td style="text-align: center;">CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Enthaltung</td> <td style="text-align: center;">Linke</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke		mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Linke														
	mehrheitlich abgelehnt														
222.	139	0616	51801 (neu)	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Bitte um detaillierte Begründung der Veranschlagung. Um welche Räumlichkeiten zu welchen Konditionen und Ausstattungsmerkmalen handelt es sich? Für welche Großverfahren werden die Anmietungen erforderlich sein? Wo wurden bisher vergleichbare Verhandlungen durchgeführt?	LINKE	Sammelvorlage, S. 470								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
223.	140	0616	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um Darstellung des IST September 2023 einschließlich der laufenden Nummern 1 bis 7. Bitte um gesonderten Bericht über den aktuellen Sachstand sowie weiteren Zeit- und Kostenplan für die a) Fortführung Renovierung strafgerichtliche Sitzungssäle, b) Maßnahmen des Klimaschutzes in Sitzungssälen.	LINKE	Sammelvorlage, S. 471-472
ÄÄ	140	0616	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2024: 600.000 Ansatz 2025: 1.400.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD							
<u>Änderungsantrag Nr. 13</u>							
2024: +/- 0 2025: - 272.000							
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung							
b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Anpassung der Tabelle TA 4 „Fortführung Renovierung strafgerichtliche Sitzungssäle“ Ansatz 2024 250.000 €							

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Ansatz 2025 468.000 €							
Ja		CDU und SPD					
Nein		Grüne und Linke					
Enthaltung		AfD					
Ergebnis		mehrheitlich angenommen					
224.	140	0616	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Bitte um Darstellung der Entwicklung des Jahresabschluss-IST für die laufende Nummer 4 (Zeugenschutzgesetz) seit 2017 sowie Begründung der höheren Veranschlagung in 2024/2025.	LINKE	Sammelvorlage, S. 473
Kapitel 0617 - Landgericht II - Zivilsachen -							
225.	146	0617	42201 (neu)	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 474
226.	146	0617	42202 (neu)	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 475
227.	146	0617	42801 (neu)	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 476
ÄA	146	0617	42801 (neu)	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 6.056.000 Ansatz 2025: 6.298.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
							AfD
							<u>Änderungsantrag Nr. 14</u>
							2024: + 50.000 2025: + 50.000
							a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.
							b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Enthaltung	
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
228.	148	0617	52601 (neu)	Gerichts- und ähnliche Kosten	Bitte um Darstellung der Entwicklung des Jahresabschluss-IST für die laufende Nummer 4 (Zeugenschutzgesetz) seit 2017 sowie Begründung der Veranschlagung in 2024/2025	LINKE	Sammelvorlage, S. 477

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Kapitel 0619 - Amtsgericht Charlottenburg							
229.	152	0619	11101	Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)	Bitte um genauere Begründung der Veranschlagung vor dem Hintergrund der erwarteten Mehreinnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts vom 10. August 2021 und der Verordnung über die Einrichtung und Führung des Gesellschaftsregisters	LINKE	Sammelvorlage, S. 478
230.	152	0619	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 479
231.	152	0619	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 480
232.	152	0619	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 481
ÄÄ	152	0619	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 5.921.000 Ansatz 2025: 6.158.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 15</u>	
						2024: + 50.000 2025: + 50.000	
						<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i>	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
							<p>Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
ÄÄ	152	0619	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2024: 575.000 Ansatz 2025: 575.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				Bündnis 90/Die Grünen											
				<u>Änderungsantrag Nr. 21</u>											
				2024: - 15.000											

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				2025: - 15.000			
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung			
				Ja	Grüne		
				Nein	CDU, SPD und AfD		
				Enthaltung	Linke		
				Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
233.	154	0619	67102	Ersatz von Barauslagen	Womit begründet sich der geringere Mittelansatz 2024 und 2025 gegenüber 2023?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 482
Kapitel 0621 - Amtsgericht Köpenick							
234.	162	0621	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 483
235.	162	0621	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/ Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 484
236.	162	0621	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 485
ÄA	162	0621	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 1.744.000 Ansatz 2025: 1.814.000		

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
Änderungsanträge der Fraktionen															
						AfD	<p style="text-align: center;"><u>Änderungsantrag Nr. 16</u></p> <p style="text-align: center;">2024: + 50.000 2025: + 50.000</p> <p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.</p> <p><i>b) Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Ja</td> <td style="width: 50%;">AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
ÄÄ	162	0621	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2024: 215.000 Ansatz 2025: 215.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p style="text-align: center;"><u>Änderungsantrag Nr. 22</u></p> <p style="text-align: center;">2024: - 15.000 2025: - 15.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Linke														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
237.	163	0621	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Zu 2.: Warum gibt es einen Aufwuchs der Sachverständigen-Kosten bei gleichbleibenden Kosten für die Verfahrensbeistände in 5.?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 486								
238.	164	0621	67102	Ersatz von Barauslagen	Womit begründet sich der geringere Mittelansatz 2024 und 2025 gegenüber 2023?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 487								
Kapitel 0622 - Amtsgericht Lichtenberg															

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
239.	166	0622	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 488
240.	166	0622	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 489
241.	166	0622	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 490
ÄA	166	0622	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 2.356.000 Ansatz 2025: 2.450.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 17</u>	
						2024: + 50.000 2025: + 50.000	
						a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
						b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.	
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Enthaltung	
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
ÄÄ	166	0622	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2024: 330.000 Ansatz 2025: 330.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nr. 23</u> 2024: - 10.000 2025: - 10.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				Ja	Grüne		
				Nein	CDU, SPD, Linke und AfD		
				Enthaltung			
				Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
242.	168	0622	67102	Ersatz von Barauslagen	Womit begründet sich der geringere Mittelansatz 2024 und 2025 gegenüber 2023?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 491
Kapitel 0623 - Amtsgericht Mitte							
243.	170	0623	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 492
244.	170	0623	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 493
245.	170	0623	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 494
ÄÄ	170	0623	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 3.138.000 Ansatz 2025: 3.264.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 18</u>	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
							<p>2024: + 50.000 2025: + 50.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
246.	170	0623	51101	Geschäftsbedarf	Bitte um Begründung warum in welchem Umfang seit wann Wasserspender erforderlich sind	LINKE	Sammelvorgabe, S. 495								
247.	171	0623	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Zu 2.: Wie ist der Aufwuchs bei Sachverständigen-Kosten zu erklären? Zu 3. Warum ist der Ansatz für die Prozesskostenhilfe so stark gesunken?	CDU/SPD	Sammelvorgabe, S. 496								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Kapitel 0624 - Amtsgericht Neukölln							
248.	174	0624	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 497
249.	174	0624	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 498
250.	174	0624	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 499
ÄA	174	0624	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 1.820.000 Ansatz 2025: 1.892.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 19</u>	
						2024: + 50.000 2025: + 50.000	
						a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
						braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen. b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.									
						<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
ÄÄ	174	0624	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2024: 236.000 Ansatz 2025: 236.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nr. 24</u> 2024: - 10.000 2025: - 10.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung											

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen
				Ja	Grüne		
				Nein	CDU, SPD und AfD		
				Enthaltung	Linke		
				Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Kapitel 0625 - Amtsgericht Pankow							
251.	178	0625	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 500
252.	178	0625	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 501
253.	178	0625	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 502
ÄÄ	178	0625	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 2.585.000 Ansatz 2025: 2.688.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 20</u>	
						2024: + 50.000 2025: + 50.000	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
							<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
Kapitel 0626 - Amtsgericht Schöneberg															
254.	184	0626	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 503								
255.	184	0626	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 504								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
256.	184	0626	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 505
ÄA	184	0626	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 4.206.000 Ansatz 2025: 4.374.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 21</u>	
						2024: + 50.000 2025: + 50.000	
						a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.	
						b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen										
						<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	AfD																
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke																
Enthaltung																	
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																
ÄA	184	0626	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2024: 440.000 Ansatz 2025: 440.000												
Änderungsanträge der Fraktionen																	
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nr. 25</u> 2024: - 15.000 2025: - 15.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung													
				<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> </table>	Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt					
Ja	Grüne																
Nein	CDU, SPD und AfD																
Enthaltung	Linke																
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Kapitel 0627 - Amtsgericht Spandau							
257.	188	0627	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 506
258.	188	0627	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 507
259.	188	0627	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 508
ÄA	188	0627	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024 3.157.000 Ansatz 2025 3.283.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
						AfD	<p><u>Änderungsantrag Nr. 22</u></p> <p>2024: + 50.000 2025: + 50.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
ÄA	188	0627	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2024: 550.000 Ansatz 2025: 550.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p style="text-align: center;"><u>Änderungsantrag Nr. 26</u></p> <p style="text-align: center;">2024: - 10.000 2025: - 10.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Linke														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
260.	189	0627	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Warum gibt es keinen Teilansatz für Verfahrensbeistände gem. § 158 FamFG? Zu 2.: Wie erklärt sich der Aufwuchs bei den Sachverständigenkosten?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 509								
ÄA	189	0627	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbil-	Ansatz 2024: 18.100 Ansatz 2025: 18.100										

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
				dung)											
Änderungsanträge der Fraktionen															
				<p>Bündnis 90/Die Grünen</p> <p><u>Änderungsantrag Nr. 27</u></p> <p>2024: - 10.000 2025: - 10.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung</p> <table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Linke														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
Kapitel 0628 - Amtsgericht Kreuzberg															
261.	192	0628	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 510								
262.	192	0628	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 511								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				Richterinnen			
263.	192	0628	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 512
ÄÄ	192	0628	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 4.839.000 Ansatz 2025: 5.033.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 23</u>	
						2024: + 50.000 2025: + 50.000	
						a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.	
						b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Geschäftsstelle.	
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Enthaltung	
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
ÄA	192	0628	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2024: 625.000 Ansatz 2025: 625.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nr. 28</u> 2024: - 10.000 2025: - 10.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				Ja	Grüne		
				Nein	CDU, SPD und AfD		
				Enthaltung	Linke		
				Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Kapitel 0630 - Amtsgericht Tiergarten							
264.	196	0630	11930	Hinterlegungen	Bitte um Begründung des niedrigen IST 2022 sowie Darstellung und Begründung des September-IST 2023	LINKE	Sammelvorlage, S. 513
265.	196	0630	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 514
266.	196	0630	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 515
267.	196	0630	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 516
ÄÄ	196	0630	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 10.246.000 Ansatz 2025: 10.656.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 24</u>	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
							<p>2024: + 50.000 2025: + 50.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
							Ja	AfD							
							Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke							
							Enthaltung								
							Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt							
268.	197	0630	51408	Dienst- und Schutzkleidung	Die Ansätze 2024 und 2025 spiegeln gegenüber dem Ansatz 2023 und dem Ist 2022 keinen Mehrbedarf bzw. eine Mittelerhöhung wider. Bitte erläutern.	AfD	Sammelvorlage, S. 517								
269.	198	0630	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Faci-	Bitte um aktuellen Sachstand der lfd. Nummern 1 bis 9 sowie Darlegung des aktuellen Zeit- und Kostenplans für alle Maßnahmen	LINKE	Sammelvorlage, S. 518-519								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				lity Managements			
270.	199	0630	81279	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen	Bitte um Darlegung des genauen Zeit- und Kostenplans für die Erneuerung/Anpassung Überfallmeldeanlage an Sicherheitsrahmenkonzept inkl. Videoüberwachung Campus Moabit und Begründung der Veranschlagung	LINKE	Sammelvorlage, S. 520
Kapitel 0631 - Amtsgericht Wedding							
271.	206	0631	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 521
272.	206	0631	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 522
273.	206	0631	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 523
ÄA	206	0631	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 3.250.000 Ansatz 2025: 3.380.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 25</u>	
						2024: + 50.000	
						2025: + 50.000	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
							<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="text-align: center;">Ja</td> <td style="text-align: center;">AfD</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Nein</td> <td style="text-align: center;">CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Ergebnis</td> <td style="text-align: center;">mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
274.	208	0631	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Wie ist zu erklären, dass bei geringen Kosten für Verfahrensbeistände (2023: 1.000€2045/2024: 3.000€) 1,2 Mio. €Kosten für Sachverständige unter 2. veranschlagt werden?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 524								
Kapitel 0632 - Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg															
275.	212	0632	11101	Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen	Bitte um Begründung der niedrigen Veranschlagung 2023 ggü. IST 2022 und Begründung der Veranschlagung für 2024 und 2025.	LINKE	Sammelvorlage, S. 525								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
276.	212	0632	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 526
277.	212	0632	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 527
ÄÄ	212	0632	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 1.825.000 Ansatz 2025: 1.898.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 26</u>	
						2024: + 50.000 2025: + 50.000	
						a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.	
						b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						(bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.	
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Enthaltung	
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
278.	212	0632	51101	Geschäftsbedarf	Bitte um Darlegung inwieweit die Postgebühren auf die Mahnepfänger umgelegt werden.	LINKE	Sammelvorlage, S. 528
Kapitel 0641 - Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg							
279.	218	0641	23211	Ersatz von Ausgaben durch die Länder	Bitte um Darlegung der niedrigen Veranschlagung in 2023 ggü. IST 2022 sowie Nennung des September-IST 2023. Bitte um Begründung der Veranschlagungen für 2024/2025.	LINKE	Sammelvorlage, S. 529
280.	218	0641	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 530
281.	218	0641	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 531
282.	218	0641	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 532

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
ÄÄ	218	0641	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 1.369.000 Ansatz 2025: 1.424.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 27</u>	
						2024: + 50.000 2025: + 50.000	
						<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p>	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Enthaltung	
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Kapitel 0642 - Verwaltungsgericht							
283.	230	0642	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 533
284.	230	0642	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 534
285.	230	0642	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 535
ÄÄ	230	0642	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024: 3.723.000 Ansatz 2025: 3.872.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 28</u>	
						2024: + 50.000 2025: + 50.000	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
							<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="text-align: center;">Ja</td> <td style="text-align: center;">AfD</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Nein</td> <td style="text-align: center;">CDU, SPD, Grüne und Linke</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Ergebnis</td> <td style="text-align: center;">mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke														
Enthaltung															
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
286.	230	0642	51101	Geschäftsbedarf	Bitte um Begründung der Veranschlagung und Hintergrundinformationen zur lfd. Nr. 6.	LINKE	Sammelvorgabe, S. 536								
287.	231	0642	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um Begründung des IST 2022, Darstellung des September-IST 2023 sowie der Veranschlagungshöhe für die Jahre 2023 und 2025.	LINKE	Sammelvorgabe, S. 537								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
ÄÄ	321	0642	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2024: 1.024.000 Ansatz 2025: 1.044.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				Bündnis 90/Die Grünen											
				<u>Änderungsantrag Nr. 29</u>											
				2024: - 150.000 2025: +/- 0											
				<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung											
				<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="text-align: center;">Ja</td> <td style="text-align: center;">Grüne</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Nein</td> <td style="text-align: center;">CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Enthaltung</td> <td style="text-align: center;">Linke</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke		mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Linke														
	mehrheitlich abgelehnt														
288.	232	0642	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um Begründung des niedrigen IST 2022, Darstellung des September-IST 2023 sowie der Veranschlagungen für 2024 und 2025.	LINKE	Sammelvorlage, S. 538								
ÄÄ	232	0642	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im	Ansatz 2024: 600.000 € Ansatz 2025: 600.000 €										

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				Rahmen des Facility Managements			
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD							
<u>Änderungsantrag Nr. 14</u>							
2024: - 235.000							
2025: - 290.000							
a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung							
Ja		CDU und SPD					
Nein		Grüne, Linke und AfD					
Enthaltung							
Ergebnis		mehrheitlich angenommen					
Kapitel 0651 - Sozialgericht							
289.	244	0651	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 539

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
290.	244	0651	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 540
291.	244	0651	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 541
ÄÄ	244	0651	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2024 9.093.000 Ansatz 2025 9.456.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 29</u>	
						2024: + 50.000 2025: + 50.000	
						a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Personal in den Geschäftsstellen.	
						b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle	

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
						(bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.	
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Enthaltung	
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Kapitel 0661 - Justizvollzugsanstalt Plötzensee							
292.	255 ff.	0661-0672	über-greifend	Suizidprävention im Vollzug	Welche Maßnahmen sind zur Verbesserung geplant?	LINKE	Sammelvorlage, S. 542
293.	255 ff.	0661-0672	über-greifend	Verfahrensabhängige IKT (MG 32)	a) Weshalb sind nur im Kapitel 0661 Ausgaben für verfahrensabhängige IKT veranschlagt? b) Wie ist der Stand und der aktuelle Zeitplan der Einführung des Haftraummediensystems (ehem. ResoDigi)?	LINKE	Sammelvorlage, S. 543
294.	257	0661	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 544
295.	257	0661	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	Bitte um aktuellen Sachstandbericht zur Personalsituation im Justizvollzugskrankenhaus und Begründung der niedrigeren Veranschlagung in 2024 und 2025.	LINKE	Sammelvorlage, S. 545
296.	257	0661	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 546

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
297.	259	0661	51426	Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke	Bitte um aktuellen Sachstandsbericht zu lfd. Nr. 1 bis 6 und Begründung der höheren Veranschlagung. Werden die Medikamente/Materialien teurer und/oder gibt es in welchen Bereichen mehr Behandlungsfälle?	LINKE	Sammelvorlage, S. 547
ÄÄ	261	0661	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2024: 4.781.000 Ansatz 2025: 4.876.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen			
				<u>Änderungsantrag Nr. 30</u>			
				2024: - 150.000 2025: - 400.000			
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung			
				Ja	Grüne		
				Nein	CDU, SPD, Linke und AfD		
				Enthaltung			
				Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
298.	261	0661	51803	Mieten für Maschinen und Geräte	Bitte um Übersendung der vollständigen Gerätemieteliste für 2023 und Begründung der Anschaffung und Erklärung von IONSCAN 600.	LINKE	Sammelvorlage, S. 548
ÄÄ	261	0661	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2024: 123.000 Ansatz 2025: 127.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD							
<u>Änderungsantrag Nr. 15</u>							
2024: + 82.000 2025: + 53.000							
<p>a) Begründung zum Änderungsantrag: Der JVA fehlt es derzeit an Mitteln, um einfache Maßnahmen zur Renovierung oder einfachen Ausstattung von Räumlichkeiten kurzfristig und unbürokratisch vornehmen zu können. Das führt zu einem teils sehr problematischen Zustand, insbesondere der von Angestellten genutzten Räumlichkeiten. Mit den zusätzlichen Mitteln werden der JVA notwendige haushälterische Spielräume verschafft.</p>							

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Bemerkungen								
<p><u>b) Ergänzung der Erläuterung:</u> Zusätzliche Mittel in Höhe von 82.000 Euro in 2024 und in Höhe von 53.000 Euro in 2025 für einfache und unmittelbar durchzuführende Renovierungsmaßnahmen in Räumlichkeiten sowie für praktische Ausstattungsgegenstände in der JVA Plötzensee jeweils zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für den Justizvollzugsdienst.</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%;">Ja</td> <td>CDU, SPD, Grüne, Linke und AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>einstimmig angenommen</td> </tr> </table>								Ja	CDU, SPD, Grüne, Linke und AfD	Nein		Enthaltung		Ergebnis	einstimmig angenommen
Ja	CDU, SPD, Grüne, Linke und AfD														
Nein															
Enthaltung															
Ergebnis	einstimmig angenommen														
299.	265	0661	53113	Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Zu. 1. Wie setzen sich die Kosten für den Newsletter zusammen? Welche Zielgruppe soll mit diesem und mit welchem Ziel erreicht werden?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 549								
300.	266	0661	54042	Leistungen an die Labor Berlin - Charité Vivantes GmbH	Bitte um Begründung des hohen IST 2022 und der Veranschlagungshöhe für 2024 und 2025.	LINKE	Sammelvorlage, S. 550								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Kapitel 0663 - Justizvollzugsanstalt für Frauen							
301.	282	0663	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 551
302.	282	0663	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 552
Kapitel 0664 - Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin							
303.	290	0664	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 553
304.	290	0664	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 554
Kapitel 0666 - Justizvollzugsanstalt Moabit							
305.	300	0666	12505	Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen	Bitte um einen aktuellen Sachstandsbericht zur Art, Systematik und Höhe der erlangten Entgelte. Bitte um Begründung für die hohe Veranschlagung in 2023 und Begründung der Veranschlagung für 2024 und 2025. Bitte um Begründung der Veränderung der lfd. Nr. 5.	LINKE	Sammelvorlage, S. 555
306.	300	0666	23102	Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund	Bitte um genauere Begründung der Veranschlagung und Aufschlüsselung der Kostenerstattung. Um welche Haftkosten für welche Personen in welchen Verfahren handelt es sich?	LINKE	Sammelvorlage, S. 556
307.	300	0666	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtin-	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 557

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
				nen und Beamten			
308.	301	0666	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	Bitte um Darstellung des Ansatzes 2024 und 2025 im Vergleich zum Ansatz 2023 und IST 2022 und 2023.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 558
309.	301	0666	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 559
310.	302	0666	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um einen Bericht wie in allen TA das tägliche und/oder mehrfach-pro-Woche-Duschen ermöglicht werden könnte? Wäre es z.B. möglich Duschcontainer anzuschaffen? Wären dafür Stellplätze und Anschlussstellen vorhanden? Mit welchen Invest- und Betriebskosten wäre zu rechnen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 560
ÄÄ	302	0666	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2024: 4.440.000 Ansatz 2025: 4.528.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen			
				<u>Änderungsantrag Nr. 31</u>			
				2024: - 100.000 2025: - 200.000			
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
				<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Linke														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
ÄÄ	303	0666	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2024: 88.000 € Ansatz 2025: 91.100 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
CDU / SPD															
<u>Änderungsantrag Nr. 16</u>															
2024: + 96.000 2025: + 61.000															
<i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Der JVA fehlt es derzeit an Mitteln, um einfache Maßnahmen zur Renovierung oder einfachen Ausstattung von Räumlichkeiten kurzfristig und unbürokratisch vornehmen zu können. Das führt zu einem teils sehr															

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
<p>problematischen Zustand, insbesondere der von Angestellten genutzten Räumlichkeiten. Mit den zusätzlichen Mitteln werden der JVA notwendige haushälterische Spielräume verschafft.</p> <p><u>b) Ergänzung der Erläuterung:</u> Zusätzliche Mittel in Höhe von 96.000 Euro in 2024 und in Höhe von 61.000 Euro in 2025 für einfache und unmittelbar durchzuführende Renovierungsmaßnahmen in Räumlichkeiten sowie für praktische Ausstattungsgegenstände in der JVA Moabit jeweils zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für den Justizvollzugsdienst.</p>							
Ja		CDU, SPD, Grüne, Linke und AfD					
Nein							
Enthaltung							
Ergebnis		einstimmig angenommen					
Kapitel 0668 - Justizvollzugsanstalt Tegel							

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
311.	308	0668	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 561
312.	309	0668	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 562
313.	309 313	0668	51133 (neu) 54039 (neu)	Erwerb von Tieren Haltung von Tieren	Bitte um Bericht über geplante Spürhunde in Justizvollzugsanstalten: Konzept, Rasse, Haltung, Anzahl.	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 563
314.	309 313	0668	51133 (neu) 54039 (neu)	Erwerb von Tieren Haltung von Tieren	Sind die veranschlagten Mittel ausreichend für einen effektiven Einsatz von Spürhunden? Werden weitere Mittel benötigt?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 564
315.	309	0668	51133	Erwerb von Tieren	Bitte um detaillierte Informationen: Von wem werden die Hunde gekauft? Wie alt werden Sie bei Erwerb sein? Um welche Hunde handelt es sich? Wie wurden Sie ausgebildet? Wie werden Sie untergebracht und betreut? Aus welchen Gründen wurde in der Vergangenheit die Anschaffung von Spürhunden fachlich abgelehnt und was spricht jetzt dafür die Anschaffung zu tätigen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 565
ÄÄ	309	0668	51133 (neu)	Erwerb von Tieren	Ansatz 2024: 18.600 Ansatz 2025: kein Ansatz		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				Bündnis 90/Die Grünen			
<u>Änderungsantrag Nr. 17</u>				<u>Änderungsantrag Nr. 32</u>			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen																
<p>2024: + 9.300 2025: + 10.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Anschaffung von weiteren Spürhunden zum Aufspüren von verbotenen Gegenständen und Stoffen, inkl. Ankaufsuntersuchungen und Erstausstattung</p>		<p>2024: - 18.600 2025: +/- 0</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung</p> <p>c) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.</p>																					
<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, SPD, Linke und AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich angenommen</td> </tr> </table>		Ja	CDU, SPD, Linke und AfD	Nein	Grüne	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich angenommen	<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt				
Ja	CDU, SPD, Linke und AfD																						
Nein	Grüne																						
Enthaltung																							
Ergebnis	mehrheitlich angenommen																						
Ja	Grüne																						
Nein	CDU, SPD und AfD																						
Enthaltung	Linke																						
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																						
316.	311	0668	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um Begründung der hohen Veranschlagung gegenüber dem IST 2022.	LINKE	Sammelvorlage, S. 566																
ÄA	311	0668	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2024: 4.232.000 Ansatz 2025: 4.317.000																		
Änderungsanträge der Fraktionen																							

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
				<p>Bündnis 90/Die Grünen</p> <p><u>Änderungsantrag Nr. 33</u></p> <p>2024: - 120.000 2025: - 190.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Linke														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
ÄA	311	0668	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	<p>Ansatz 2024: 150.000 € Ansatz 2025: 150.000 €</p>										
Änderungsanträge der Fraktionen															
CDU / SPD				<p><u>Änderungsantrag Nr. 18</u></p> <p>2024: + 96.000 2025: + 361.000</p>											

Lfd.N r.	Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen		
<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Der JVA fehlt es derzeit an Mitteln, um einfache Maßnahmen zur Renovierung oder einfachen Ausstattung von Räumlichkeiten kurzfristig und unbürokratisch vornehmen zu können. Das führt zu einem teils sehr problematischen Zustand, insbesondere der von Angestellten genutzten Räumlichkeiten. Mit den zusätzlichen Mitteln werden der JVA notwendige haushälterische Spielräume verschafft.</p> <p>Zudem in 2025 Einrichtung eines Suizidpräventionsraumes in der JVA Tegel (Erhöhung Ansatz 2025: 300.000 Euro)</p> <p>b) <i>Ergänzung der Erläuterung:</i> Zusätzliche Mittel in Höhe von 96.000 Euro in 2024 und in Höhe von 61.000 Euro in 2025 für einfache und unmittelbar durchzuführende Renovierungsmaßnahmen in Räumlichkeiten sowie für praktische Ausstattungsgegenstände in der JVA Tegel jeweils zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für den</p>									

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Justizvollzugsdienst.							
Ja		CDU, SPD, Grüne, Linke und AfD					
Nein							
Enthaltung							
Ergebnis		einstimmig angenommen					
317.	313	0668	54010	Dienstleistungen	Teilansatz 4: Inwiefern wird der Senat dem – durch den geplanten Einsatz von Spürhunden zum Auffinden von Drogen (Kapitel 0068/54039) – zu erwartenden höheren Aufkommen von Gefangenen mit Entzugserscheinungen gerecht, obwohl der Teilansatz keinen Aufwuchs erhält? Wie gedenkt der Senat dem zu erwartenden höheren Aufkommen von Gefangenen mit Entzugserscheinungen alternativ gerecht zu werden um dem entgegen zu wirken?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 567
ÄÄ	313	0668	54039 (neu)	Haltung von Tieren	Ansatz 2024: 7.200 Ansatz 2025: 7.200		
Änderungsanträge der Fraktionen							
CDU / SPD				Bündnis 90/Die Grünen			
<u>Änderungsantrag Nr. 19</u>				<u>Änderungsantrag Nr. 34</u>			
2024: + 14.900 2025: + 33.000				2024: - 7.200 2025: - 7.200			
a) Begründung zum Änderungsantrag:				a) Begründung zum Änderungsantrag:			

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Unterhaltungskosten für weitere Spürhunde				Gegenfinanzierung <i>c) Anbringung Haushaltsvermerke:</i> Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.			
Ja	CDU, SPD, Linke und AfD			Ja	Grüne		
Nein	Grüne			Nein	CDU, SPD und AfD		
Enthaltung				Enthaltung	Linke		
	mehrheitlich angenommen			Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Kapitel 0669 - Jugendstrafanstalt							
318.	318	0669	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 568
319.	318	0669	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 569
320.	323	0669	81279	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen	Bitte um Übersendung der Konzeption des Projekts „Qualitativ und inhaltliche Erweiterung des Offenen Vollzuges“.	LINKE	Sammelvorlage, S. 570
Kapitel 0671 - Jugendarrestanstalt							

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
321.	325	0671		Jugendarrestanstalt	Ein Jugendarrestanstalts-Standort wird der Polizei für Gefährder überlassen. Sind die 31 Plätze am Standort Lützowstraße ausreichend? Wie viele waren davon im vergangenen Jahr belegt? Warum werden in der Belegungsstatistik jeweils nur 17 Plätze aufgeführt? Konnten Jugendarreste aufgrund mangelnder Plätze nicht angetreten werden? Wenn ja, wie viele?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 571
322.	326	0671	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 572
323.	326	0671	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 573
Kapitel 0672 - Justizvollzugsanstalt Heidering							
324.	332	0672	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 574
325.	332	0672	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 575
326.	333	0672	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um Begründung der gestiegenen Veranschlagung ggü. IST 2022	LINKE	Sammelvorlage, S. 576
ÄÄ	333	0672	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2024: 3.510.000 Ansatz 2025: 3.381.000		

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
Änderungsanträge der Fraktionen															
				<p style="text-align: center;">Bündnis 90/Die Grünen</p> <p style="text-align: center;"><u>Änderungsantrag Nr. 35</u></p> <p style="text-align: center;">2024: - 200.000 2025: - 340.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>Ja</td> <td>Grüne</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, SPD und AfD</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Linke</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	Grüne	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	Linke	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	Grüne														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	Linke														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
ÄÄ	335	0672	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2024: 3.408.000 € Ansatz 2025: 3.814.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
CDU / SPD															
				<p style="text-align: center;"><u>Änderungsantrag Nr. 20</u></p>											

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
<p>2024: + 7.000 2025: + 14.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Stärkung des Pilotprojektes „Videodolmetschen“ in der JVA Heidering als Teilmaßnahme zum Ausbau der Suizidprävention</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):</i> Anpassung der Tabelle: TA 7 „Videodolmetscherdienst“ Ansatz 2024: 55.000€ Ansatz 2025: 110.000€</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, SPD und Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>Grüne und AfD</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis</td> <td>einstimmig angenommen</td> </tr> </table>		Ja	CDU, SPD und Linke	Nein		Enthaltung	Grüne und AfD	Ergebnis	einstimmig angenommen						
Ja	CDU, SPD und Linke														
Nein															
Enthaltung	Grüne und AfD														
Ergebnis	einstimmig angenommen														
Kapitel 0691 - Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -															
327.	340	0691	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 577								

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
328.	340	0691	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/werden in den Jahren 2023 bis 2025 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 578

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
Einzelplan 12 – Kapitelübergreifend							
329.		übergreifend			Bitte um Darstellung, in welchen Titeln Mittel und in welcher Höhe für das 12. Amtsgericht (Marzahn-Hellersdorf) etatisiert sind. Plant der Senat weiterhin die Errichtung eines 12. Amtsgerichts in Marzahn-Hellersdorf? Falls ja: Was ist der Planungs- bzw. Umsetzungsstand? Sind daneben Mittel für die Errichtung des 12. Amtsgerichts im SILB und/oder im Sondervermögen veranschlagt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 579
330.		übergreifend			Bitte um Darstellung, in welchen Titeln Mittel und in welcher Höhe für die Weiterentwicklung des Campus-Moabit etatisiert sind. Ist daneben die Errichtung eines Hochsicherheitssaals geplant? Falls ja: in welchen Titeln ist dieser etatisiert und in welcher Höhe werden Baukosten dafür veranschlagt? Sind daneben Mittel für die Errichtung eines Hochsicherheitssaals im SILB und/oder im Sondervermögen veranschlagt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 580
331.		übergreifend			Bitte um Darstellung, in welchen Titeln und in welcher Höhe Mittel für den Umbau des Kathreinerhauses etatisiert sind. Plant der Senat weiterhin den Umbau des Kathreinerhauses mit der Absicht, dass das Verwaltungsgericht Berlin das Gebäude bezieht? Sind daneben Mittel für den Umbau auch im Sondervermögen und/oder im SILB veranschlagt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 581

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
332.		übergreifend			Bitte um Darstellung, in welchen Titeln und in welcher Höhe Mittel für den Umbau des die JVA Tegel und dort die Sanierung der Teilanstalten II und III etatisiert sind. Plant der Senat weiterhin den Umbau und die Sanierung der Teilanstalten? Sind daneben Mittel für den Umbau auch im Sondervermögen und/oder im SILB veranschlagt? Welche Sanierungsmaßnahmen sind in welchen Zeitabschnitten geplant? Geht der Senat davon aus, dass mit den vorgesehenen Mitteln so saniert werden kann, dass der Resozialisierungsgedanke in der TA II erfolgreich umgesetzt werden kann? Wann ist die Inbetriebnahme vorgesehen?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 582
333.	138	1250	54040	Bauvorbereitungsmittel	Bitte um Darstellung, welche der in diesem Titel etatisierten Baumaßnahmen die Berliner Justiz betreffen, unter projektscharfer Darstellung der Teilansätze/Etatisierung, insbesondere unter Berücksichtigung des Erweiterungsbaus der Sicherungsverwahrung der JVA Tegel. In welchem Planungsstand befindet sich der Erweiterungsbau?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 583-585
ÄÄ		1250	Titel Neu MG06	Neubau Verwaltungsgericht Berlin, Standortplanung, Bauplanung und Bauvorbereitung	Ansatz 2024: bisher kein Ansatz Ansatz 2025: bisher kein Ansatz		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 30</u>	
						2024: + 200.000 2025: + 200.000	

Lfd.N r.	Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
							<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag:</i> Die Mittel dienen der Finanzierung der Planung eines Neubaus des Verwaltungsgerichts Berlin. Das bislang avisierte Kathreiner-Haus ist aufgrund der vielen Herausforderungen (darunter auch der Denkmalschutz) für einen Umbau in ein modernes Verwaltungsgericht ungeeignet. Weder der Einzelplan 06 noch der Einzelplan 12 sehen Mittel vor. Die eigentliche Herrichtung des Kathreiner-Hauses erfolgt entsprechend dem Beschluss des Hauptausschusses aus dem Jahr 2019 durch eine Rücklagenbildung im SILB in Höhe von 43,14 Mio. Euro. Aufgrund der Neubauplanung ist diese nicht abzurufen.</p> <p>b) <i>Verbindliche Erläuterung:</i> Die Mittel dienen der alternativen Neubauplanung des Verwaltungsgerichts Berlin. Ziele: Standortplanung, Neubauplanung und Bauvorbereitung.</p>

Lfd.Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
						Ja	AfD
						Nein	CDU, SPD, Grüne und Linke
						Enthaltung	
						Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
334.	154	1250	70128 MG06	Neubau einer Anstalt des geschlossenen Männervollzuges	Bitte um Darstellung und Erläuterung des Titels unter Angabe, auf welchen Neubau der Titel sich bezieht und zu welchem Zweck konkret die Mittel vorgehalten werden.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 586
335.	154	1250	70177 (neu) MG06	JVA Tegel, Teilanstalt I, Schaffung verfassungsgemäßer und rechtskonformer Unterbringungsmöglichkeiten für Gefangene im geschlossenen Männervollzug, 2. Bauabschnitt	Bitte um Darstellung und Erläuterung des Titels unter Angabe, wofür konkret die Mittel in 2025 vorgehalten werden. Wie hoch ist die Kostenschätzung des Senats unter der Berücksichtigung von Inflation und damit verbundener möglicher Kostensteigerungen? Aus welchen Mitteln erfolgt die Finanzierung der Baumaßnahmen? - Wofür konkret sind für welche Zeitabschnitte die vorgesehenen Mittel vorgesehen?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 587-588
336.	154 ff.	1250	MG 06	Allgemein Liegenschaften der Justiz	Welche Baumaßnahmen verschieben sich aufgrund welcher Gründe zeitlich bis wann? Welche Sanierungsmaßnahmen verschieben sich aufgrund welcher Gründe zeitlich bis wann?	AfD	Sammelvorlage, S. 589

Lfd.N r.	Seite HH- Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
337.	155	1250	70178 MG06	JVA Plötzensee, Schaffung einer unmittelbaren bau- lichen Verbindung zwischen den Lie- genschaften JVA Charlottenburg und JVA Plötzensee	Bitte um Darstellung und Erläuterung des Titels unter Angabe, wofür konkret die Mittel in 2025 vorgehalten werden. Wofür sollen die veranschlagten Gelder verausgabt werden? Sind daneben Mittel für Baumaßnahmen im SILB und/oder im Sondervermögen veranschlagt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 590